

Achte Sitzung – Huitième séance

Mittwoch, 14. Juni 1995, Vormittag

Mercredi 14 juin 1995, matin

08.00 h

Vorsitz – Présidence: Frey Claude (R, NE)

93.053

Umweltschutzgesetz. Änderung

Loi sur la protection de l'environnement. Révision

Fortsetzung – Suite

Siehe Seite 1245 hiervoor – Voir page 1245 ci-devant

Wick Hugo (C, BS), Berichterstatter: Der Inhalt der verschiedenen Minderheits- und Einzelanträge wurde Ihnen gestern mitgeteilt. Sie haben auch meinen Bericht gelesen, worin schon etwas darüber steht. Ich gehe folglich nur noch ganz kurz auf die einzelnen Anträge ein.

Zu Artikel 1 Absatz 2, Antrag Singeisen: Dieser Antrag lag der Kommission nicht vor. Ich kann Ihnen nur meine persönliche Meinung bekanntgeben. Der nachhaltige Umgang mit der Umwelt ist ein zentrales Anliegen der Menschheit, oder er sollte es wenigstens sein. Gerade deswegen ist es nicht ganz ungefährlich, wenn wir hier quasi sporadisch diese Absichtserklärung hineinschreiben. Es gibt in diesem hohen Hause ja nicht nur Freunde des Gedankens der Nachhaltigkeit, sondern leider auch Kollegen – und diesmal gebrauche ich die männliche Form absichtlich –, welche solche Gedanken als vollständig überflüssig ansehen. In diesem Sinne ist es vermutlich weiser, wenn wir auf die Erwähnung dieser Selbstverständlichkeit verzichten, damit nicht bei anderen Gesetzen, wo dieser Gedanke der Nachhaltigkeit nicht erscheint, der böswillige Schluss gezogen werden kann, das Gegenteil sei beabsichtigt. Deswegen werde ich persönlich gegen diesen Antrag stimmen, obwohl ich mit dessen Inhalt vollumfänglich einverstanden bin.

Zu Artikel 5, Minderheitsantrag Misteli: In diesem Antrag geht es um einen neuen Absatz 2: «Entwicklung und Nutzung der Gentechnik für militärische Zwecke sind untersagt.» Dazu muss man vielleicht doch noch ein Wort sagen: Selbstverständlich sind wir auch in der Kommission alle der Meinung, dass es nicht angeht, dass in der Schweiz biologische Waffen entwickelt werden, und dies erst noch mit Hilfe der Gentechnologie. Aber es ist unmöglich, Gentechnologie und gentechnologische Waffen mit Bomben und Kanonen zu bekämpfen, falls solche Waffen je eingesetzt oder zu terroristischen Zwecken gebraucht werden – diese Möglichkeit besteht bei biologischen Waffen auch, ebenso wie bei chemischen Waffen; wir kennen ja die aktuellen Ereignisse in Japan. Vielmehr muss man eben biologische Abwehrmassnahmen treffen. Dazu braucht es unter Umständen auch die Gentechnologie. Deswegen möchte ich Sie bitten, beim Entwurf des Bundesrates zu bleiben. Soviel zu Artikel 5.

Bei Artikel 29bbis Absatz 3 gibt es drei Varianten: Ich beginne mit der Minderheit III (Gonseth). Frau Gonseth hat in ihrer Begründung auf die Lebensmittel hingewiesen. Frau Bundesrätin Dreifuss hat aber bereits ebenso klar aufgezeigt, dass die umfassende Deklarationspflicht in der Le-

bensmittelgesetzgebung verwirklicht wird. Die Deklarationspflicht gehört also nicht ins Umweltschutzgesetz, sondern in die Lebensmittelgesetzgebung.

Es kann auch nicht um Heilmittel gehen. Wenn dabei Gentechnik verwendet wurde, wird das bereits heute vollumfänglich deklariert.

Worum geht es denn noch? Ich habe lange überlegt, ob ich ein Beispiel finde. Nehmen wir das Beispiel einer Plastikfolie, die biologisch abbaubar ist und bei der irgendwo im Entwicklungsprozess Gentechnologie verwendet wurde. Muss nun diese biologisch abbaubare, voll kompostierbare Folie im Gegensatz zu einer anderen Plastikfolie, die diese Eigenschaften nicht aufweist, deklariert werden? Das würde eigentlich keinesfalls dem Zweckartikel des Umweltschutzgesetzes entsprechen. Organismen, welche sich definitionsgemäss vermehren können, darf ja dieses Produkt nicht enthalten, sonst wäre es bereits durch die Regelung der Kommissionsmehrheit erfasst.

Der Antrag der Minderheit II (Bundi) liegt in der Mitte, macht aber auch ein Problem deutlich. Er möchte, dass die Produkte von Erbmaterial gereinigt sind. Mit der heutigen Spurenanalyse ist der Nachweis kaum zu erbringen; wenn Sie Fingerabdrücke darauf haben, werden Sie schon Erbmaterial finden, sogar wenn es gereinigt ist, nämlich entweder vom Organismus, den man bei der Herstellung des Produktes eingesetzt hat, oder aber von den Hautschuppen derjenigen Person, die das Produkt in den Händen gehabt hat. So empfindlich sind heute die Methoden. Es ist nahezu unmöglich, den Beweis anzutreten, ob ein Produkt wirklich gereinigt ist oder nicht. Aus solchen Überlegungen hat sich die Kommissionsmehrheit für die einfachste und für die klar definierbare Variante entschieden, dass man nämlich in diese Deklarationspflicht nur Organismen einschliessen sollte.

Ich komme zum Antrag der Minderheit II (Misteli) zu den Artikeln 29c, 29d und 29e. Hier geht es um die Frage, ob punkto Schutz der Umwelt ein relevanter Unterschied zwischen Organismen, pathogenen Organismen, gentechnisch veränderten Organismen und gentechnisch veränderten pathogenen Organismen besteht. Die Frage ist komplexer, als sie auf den ersten Blick aussieht. Dabei ist zu unterscheiden: Handelt es sich um einen Freisetzungsversuch? In diesem Falle wird es wohl kaum je ohne eine Bewilligung gehen. Die Fachkommission wird bei keinem Freisetzungsversuch – das ist ein Anfang einer ganzen Entwicklung – auf diese Bewilligung verzichten. Handelt es sich um das Inverkehrbringen, so könnte nach einer gewissen Zeit und mit den entsprechenden Verfahren ohne Bewilligung für jeden Einzelfall vorgegangen werden. Wenn man – das berühmte Beispiel – einen kleinen Fadenwurm zur Bekämpfung eines schädlichen Rüsselkäfers verwendet, der Gemüsekulturen zerstört, dann ist eine solche biologische Abwehrstrategie meines Erachtens in gewissen Fällen durchaus dem Einsatz in gewissen Fällen durchaus von Insektiziden vorzuziehen, und damit ist auch klar, dass es in diesem Fall durchaus eine Ausnahmebewilligung sollte geben können.

Am gravierendsten aber ist der Antrag der Minderheit II (Misteli) zu Artikel 29e Absatz 3. Hier dürfte bei sehr vielen Forschungsprojekten im geschlossenen System von einer generellen Bewilligung ausgegangen werden, sonst landen wir, wie beim alten Gentechnikgesetz Deutschlands, in einer faktischen Verhinderungsstrategie. Wenn jeder Versuch an der Universität eine solche Bewilligung bräuchte, obwohl die Einschliessungsmassnahmen gesichert sind und prinzipiell ungefährliche Organismen verwendet werden, wird jede Forschung zum bürokratischen Hürdenlauf, ohne dass damit der geringste Sicherheitsgewinn verbunden wäre. Die von der Kommission vorgesehene Ausnahmeregelung ist eine wesentliche Verbesserung des Beschlusses des Ständerates und nähert sich dem Entwurf des Bundesrates. Aus diesem Grunde bitten wir Sie ganz dringend, der Mehrheit der Kommission zu folgen.

Bei Artikel 29g, Fachkommission für biologische Sicherheit, geht es um semantisch relativ subtile Sachen, aber die Unterschiede sind doch relativ beträchtlich. Die Kommission hat sich dem Entwurf des Bundesrates angeschlossen. Der Bun-

desrat will eine eigentliche Fachkommission, keine Ersatzöffentlichkeit, die aus verschiedenen interessierten Kreisen besteht. Die Kommission ist aber weiter gegangen, hat Absatz 2 erweitert und Absatz 3, nämlich die Information der Öffentlichkeit, angefügt. Was aber der Bundesrat und Ihre Kommission nicht wollen: Sie wollen keine Verhinderungskommission. Der Antrag der Minderheit II (Meyer Theo) möchte dem Ständerat folgen, wonach Schutz- und Nutzungsinteressen «ausgeglichen» statt von «verschiedenen interessierten Kreisen» vertreten sein müssen. Der Antrag der Minderheit III (Misteli) will die gleichgewichtige Vertretung und das Recht auf Minderheitsanträge verankern. Die Kommissionmehrheit empfiehlt Ihnen, sich dem von ihr erweiterten Entwurf des Bundesrates anzuschliessen.

Mit Bezug auf Artikel 29h hat Frau Gonseth gesagt, Frau Bundesrätin Dreifuss habe den Vorschlag betreffend die Abschätzung der Technikfolgen einfach wegen der Kostenfolgen abgelehnt. Ich bitte Sie, den Antrag der Minderheit genau zu lesen: «Der Bund fördert a. die Abschätzung der mit der Gentechnik verbundenen Folgen, Chancen und Risiken; b. die Verhaltensforschung zur Förderung der Kenntnis natürlicher Bedürfnisse von Tieren und Pflanzen» Das ist ein unglaublich weites und grosses Gebiet. Nach Litera c fördert der Bund «die Forschung und Entwicklung wissenschaftlich-technischer und anderer Alternativen zur Gentechnik». Bei der Proteinsynthese wäre das die Erforschung der chemischen Proteinsynthese mit neuen Mitteln. In Absatz 2 steht – hören Sie gut zu –: «Der Bundesrat gibt zu diesen Zwecken natur-, sozial- und geisteswissenschaftliche Forschungsarbeiten in Auftrag» Das ist ein Programm, das sich zuerst durch die ganzen Phil.-I- und Phil.-II-Fakultäten der Universitäten bewegt! Wenn man das tatsächlich verwirklichen wollte, wären die Kosten exorbitant.

Dann komme ich noch zum letzten Punkt, zum Antrag Gonseth betreffend Artikel 36bis des Bundesgesetzes über das Verwaltungsverfahren: Sie schlägt vor, dass Bewilligungen, sofern diese Tiere betreffen, im Bundesblatt veröffentlicht werden. Es ist nicht so, wie Frau Gonseth in ihrer Begründung gesagt hat, dass solche Tierversuche unter der Hand geschehen können. Wir haben ein ausgezeichnetes Tierschutzgesetz. Die Zahl der Tierversuche nimmt laufend ab. Tierversuche werden von der Tierschutzkommission und allenfalls auch von der entsprechenden Rekursinstanz sehr genau überprüft. Es ist also wirklich tatsächlich unmöglich, solche gentechnologischen Versuche an Tieren irgendwie unbemerkt und ohne Beizug der zuständigen Tierschutzkommission und der Vertreter des Tierschutzes, die dort inkorporiert sind, durchzuführen. Deswegen ist dieser Artikel – durchaus auch im Sinne des Tierschutzes – restlos überflüssig.

Philipona Jean-Nicolas (R, FR), rapporteur: En réponse aux propositions d'hier, à l'article 1er alinéa 2, il est clair que nous n'avons pas eu la proposition Singeisen en commission. Je ne peux donc pas vous donner l'avis de la commission, mais il me semble que, à cet article, la formulation plus générale proposée par le Conseil fédéral et acceptée par la commission est meilleure. Il n'est pas nécessaire d'aller plus en détail sur ce point.

Dans son développement, M^{me} Singeisen nous a expliqué qu'il s'agissait surtout d'encourager les organisations privées, ce qui me fait craindre qu'on n'aille trop loin dans ce sens, sans en étudier les conséquences financières, les choix à faire quant aux organisations privées, et même les effets sur le personnel. Je vous demande donc de maintenir la proposition de la commission.

A l'article 5, la loi s'applique, il faut le préciser, aussi à la défense nationale dans toute son intégralité. Seulement, le Conseil fédéral et la majorité de la commission prévoient qu'il peut y avoir des exceptions en cas de nécessité. Il faut absolument laisser cette possibilité, bien qu'actuellement aucune exception ne soit en cours et ne soit même nécessaire. Les besoins peuvent cependant évoluer rapidement dans ce domaine, y compris et surtout pour des raisons de sécurité de la population.

A l'article 29bbis alinéa 3, nous avons une proposition de la minorité II (Bundi) et une proposition de la minorité III (Gonseth). Ici, la majorité de la commission est d'avis que les produits du génie génétique qui ne contiennent eux-mêmes plus aucun organisme ne représentent aucune menace pour l'environnement. Il faut rappeler ici qu'une inscription obligatoire, pour ces denrées alimentaires produites par le génie génétique, doit être fixée dans la loi sur les denrées alimentaires, et je peux vous dire que la commission est unanime sur cette question. C'est donc une sécurité qui paraît suffisante dans ce domaine.

A l'article 29c alinéa 2bis, en ce qui concerne la proposition de la minorité II (Misteli), la version française parle d'«organismes pathogènes naturels». C'est cette formule qu'il faut reprendre, et non les organismes pathogènes «naturellement», comme l'énoncent les alinéas 3 des articles 29d et 29e. Le «naturellement» est tout à fait inadéquat.

La loi prévoit des dérogations à l'obligation d'être titulaire d'une autorisation à titre expérimental. Il faut pour cela que toute menace pour l'environnement, selon les termes de la loi, soit écartée. La majorité de la commission veut mettre sur pied d'égalité les organes génétiquement modifiés et les organismes pathogènes. C'est par 12 voix contre 7 que cette décision a été prise. Je vous prie de la maintenir.

A l'article 29g, la majorité de la commission soutient la proposition du Conseil fédéral dans la manière de définir la Commission d'experts pour la sécurité biologique. Celle-ci doit comprendre des spécialistes des milieux intéressés. La commission a encore ajouté une description des tâches de cette commission d'experts, à l'alinéa 2, pour lui permettre de faire des recommandations ou de demander des avis d'experts. La commission a adopté également un alinéa 3 (nouveau) qui régit les activités de cette Commission d'experts pour la sécurité biologique en matière d'information du public et du Conseil fédéral.

Les propositions des différentes minorités qui concernent la composition de la commission d'experts ainsi que celle qui concerne un véritable droit de proposition ont été repoussées respectivement par 11 voix contre 7 et 11 voix contre 6. Il faut encore préciser que l'actuelle commission d'experts fonctionne très bien. Autant le Conseil fédéral que l'administration apprécie sa compétence et son efficacité. Il ne faut donc pas changer ce qui va bien. Je vous invite à suivre à chaque vote la sagesse de la majorité de la commission.

On continue avec l'article 29h. Il s'agit là d'un article qui pourrait être la matière d'une loi sur le génie génétique. On entre dans des détails qui vont beaucoup trop loin pour une loi sur la protection de l'environnement.

Il faut bien préciser encore que toutes ces propositions des différentes minorités des articles 29a à 29h auraient pour conséquence d'empêcher l'exercice du génie génétique en Suisse. De telles propositions ne peuvent pas s'accorder avec les réglementations correspondantes de l'Union européenne et encore moins des Etats-Unis et du Japon. Leur adoption aurait pour conséquence un affaiblissement de l'emplacement suisse de l'industrie chimique, avec des retombées négatives sur les postes de travail.

Il faut bien sûr soutenir impérativement la majorité de la commission.

Gonseth Ruth (G, BL), Sprecherin der Minderheit: Herr Wick hat behauptet, eine umfassende Deklarationspflicht für Lebensmittel sei bereits in der Lebensmittelverordnung verwirklicht. Das ist falsch, Herr Wick.

Zucker, welcher aus gentechnologisch hergestellten Rüben stammt, wird in Zukunft nicht deklariert werden müssen. Das Käselab muss nicht deklariert werden. Wenn Eiweisszusätze wie zum Beispiel das Tryptophan, welches ja zu Todesfällen geführt hat, als Stärkungsmittel zugeführt werden, muss das auch nicht deklariert werden. Ein grosser Teil der Konsumentinnenorganisationen fordert diese umfassende Deklarationspflicht.

Singeisen Verena (G, BE): Ich möchte dem Präsidenten danken, dass er mir nochmals das Wort gibt, aber ich habe

die Redezeit gestern nicht ganz ausgenützt, darum möchte ich ganz kurz noch etwas sagen, vor allem zu Herrn Philipona.

Herr Philipona hat gesagt, die Formulierung von Artikel 1 Absatz 2 sei im jetzigen Gesetz besser als diejenige, die ich Ihnen vorschlage. Im jetzigen Gesetz ist aber nichts dergleichen formuliert, also wäre mein Vorschlag schlechter als nichts. Ich bin etwas gekränkt, das zu hören. Er sagt auch, die Kosten meines Vorschlages seien nicht abschätzbar.

Dazu möchte ich folgendes sagen: Ich habe die Kosten für Information, Bildung und Beratung in verschiedenen Präventionsgebieten zusammengestellt. Umweltprävention schneidet gegenüber anderen Präventionsgebieten überdurchschnittlich schlecht ab. Die Kosten für Umweltschäden in der Schweiz betragen etwa 16 000 bis 20 000 Millionen Franken pro Jahr. Die Kosten für Information, Bildung und Beratung in diesem Bereich betragen 5 Millionen Franken, also 0,025 Prozent. Vergleicht man das z. B. mit der Prävention gegen Feuerschäden, beim Brandschutz, so sind das in diesem Gebiet 80 Prozent; Gesundheitskosten: 1,55 Prozent, Alkoholismus: 0,65 Prozent, soziale Kosten, Strassenverkehrsunfälle, Prävention im Bereich Information: 0,13 Prozent. Die heutigen 0,025 Prozent im Bereich Umwelt dürften wirklich noch etwas erhöht werden.

Dreifuss Ruth, conseillère fédérale: Hier, nous avons mené le débat sur les principes concernant le chapitre consacré aux organismes, et vous avez accepté de suivre l'avis de la majorité de votre commission, et par conséquent le projet du Conseil fédéral et la décision du Conseil des Etats.

Vous avez également montré, en transmettant au Conseil fédéral la motion sur la dignité de la créature, que vous souhaitiez que le Conseil fédéral vous présente un message quant au projet lié à l'application de l'article 24^{novies} alinéa 3 de la Constitution fédérale. Vous confortez ainsi la volonté du Conseil fédéral d'aller de l'avant, mais avec tout le soin nécessaire et d'une façon globale, dans la mise en oeuvre de cet article constitutionnel.

Aujourd'hui, nous entrons dans la discussion de détail et nous pouvons passer en revue les différentes propositions de minorité ou les propositions individuelles qui ont été faites à ce chapitre. Je les prendrai dans l'ordre des articles, en disant d'emblée que dans un cas nous soutenons la proposition de la minorité, dans un cas le Conseil fédéral peut vivre aussi bien avec la proposition de la majorité de la commission qu'avec l'une des propositions de minorité, et qu'en règle générale, par ailleurs, il suit, comme le disait, je crois, M. Philipona, la «sagesse» de la majorité de la commission.

En ce qui concerne la proposition individuelle de M^{me} Singeisen, nous nous y opposons également. L'affirmation de M. Philipona selon laquelle les bases nécessaires au travail d'information que souhaite M^{me} Singeisen existent déjà dans la loi sur la protection de l'environnement est tout à fait fondée. Il fait référence à l'article 6 de la loi sur la protection de l'environnement qui prévoit déjà ces activités régulières d'information. C'est une tâche donnée aux instances spécialisées d'informer la population régulièrement, de façon globale, sur les besoins de la protection de l'environnement, ainsi que de donner des conseils et de faire des recommandations pour des mesures volontaires dans ce domaine. Il est évident que, selon les possibilités budgétaires, cette activité peut être plus ou moins grande, mais la compétence est déjà là et je ne crois pas qu'il soit judicieux de la spécifier dans un article, elle doit rester une tâche générale.

C'est la raison pour laquelle, et j'aurai l'occasion d'y revenir avec les propositions de minorité, tout en comprenant et en soutenant ce qui sous-tend cette proposition, c'est-à-dire l'importance du travail d'information et de sensibilisation – pour reprendre un terme que certains d'entre vous n'apprécieraient pas tellement – de la population, un travail nécessaire dans ces nouveaux domaines où la société se trouve confrontée à des menaces diffuses.

Donc, il conviendrait là de suivre la proposition de la majorité de la commission de s'opposer à la proposition Singeisen.

A l'article 5 alinéa 2, le Conseil fédéral, comme la majorité de la commission, s'oppose à la proposition de la minorité. Il s'agit là d'interdire toute possibilité de développement et d'utilisation du génie génétique à des fins militaires. Les rapporteurs ont souligné qu'il n'y a pas de règles spéciales pour l'armée. La défense est soumise à la loi sur la protection de l'environnement. Limiter les activités qui peuvent se faire dans ce domaine, pour d'autres raisons que celles de la protection de l'environnement ou du génie génétique, n'appert pas à cette loi dont nous sommes en train de discuter. C'est la raison pour laquelle nous nous y opposons.

A l'article 29bbis, nous avons une situation plus complexe, puisque nous avons une proposition de la majorité, une proposition de la minorité II (Bundi) et une proposition de la minorité III (Gonseth). Il s'agit de la question relative à la déclaration pour la mise dans le commerce de produits génétiquement transformés.

Nous avons trois variantes: une variante minimale, c'est la proposition de la majorité; une variante moyenne, c'est la proposition de la minorité II (Bundi), et une variante maximale, c'est la proposition de la minorité III (Gonseth). Le Conseil fédéral est également d'avis qu'il faut repousser la proposition de la minorité III (variante maximale), parce qu'elle va au-delà du but de cette loi, qui est la protection de l'environnement. En fait, elle poursuit, je le reconnais, des revendications qui ont été amenées par des organisations de consommateurs et de consommatrices sur l'obligation de déclarer le procédé de fabrication, mais ce n'est pas ici le lieu de le régler. Encore une fois, nous sommes ici dans le cadre, suffisamment large – mais malgré tout étroit par rapport à ces revendications –, de la protection de l'environnement.

La raison pour laquelle nous considérons que, concernant la protection de l'environnement, cela ne doit pas être réglé ici, et que cela ne correspond d'ailleurs pas, dans la plupart des cas, à des possibilités pratiques, c'est qu'il est difficile, a posteriori, de découvrir si un produit chimique a été transformé à l'aide d'organismes manipulés génétiquement lorsqu'ils ne sont plus présents dans le produit. Vous aviez tout à fait raison, Madame Gonseth, de préciser que la loi et les ordonnances sur les denrées alimentaires ne réalisent pas votre proposition.

C'est par rapport à la proposition de la minorité II (Bundi) que nous nous trouvons, dans la pratique, en particulier avec l'ordonnance sur les denrées alimentaires, sur la même ligne. Le Conseil fédéral peut se rallier sans difficulté à la proposition de la minorité II, qui demande une déclaration similaire aux déclarations sur les denrées alimentaires, qui soit aussi transparente que possible.

Le Conseil fédéral, sans vouloir critiquer forcément la position de la majorité de la commission, peut tout aussi bien se rallier à la proposition de la minorité II.

Par contre, le Conseil fédéral, comme la majorité de la commission, rejette les différentes propositions de la minorité II (Misteli), concernant l'article 29c alinéa 2bis, 29d alinéa 3 et 29e alinéa 3.

Il s'agit là d'empêcher qu'il y ait des exceptions à l'autorisation ou à l'obligation de notifier, pour la dissémination expérimentale ou la mise dans le commerce d'organismes transformés. Or, nous n'entendons pouvoir prononcer ces exceptions que lorsque toute menace pour l'environnement peut être exclue. Cette marge de manoeuvre doit absolument être maintenue. Elle est tout à fait en harmonie avec l'objectif de la loi sur la protection de l'environnement puisque le critère qui permettrait ces exceptions serait justement lié à l'absence totale de menace pour l'environnement.

En ce qui concerne l'article 29g alinéa 1er, où nous avons de nouveau une proposition de majorité, une proposition de minorité II (Meyer Theo) et une proposition de minorité III (Misteli), je me prononcerai d'une façon plus déterminée en disant qu'il me paraîtrait judicieux de suivre la proposition de la minorité II, qui revient tout simplement à adopter la décision du Conseil des Etats. Le Conseil fédéral estime judicieux de suivre, à l'article 29g alinéa 1er, la proposition de la minorité II (Meyer Theo), pour ne pas créer, sur ce plan-là, une divergence inutile.

Par contre, la proposition de la minorité III serait vraiment un obstacle à une saine composition. Ce serait jeter en quelque sorte de la poudre aux yeux car il n'est pas possible de faire représenter clairement par chaque membre de cette commission les intérêts de protection ou d'utilisation. Finalement, le développement durable est la recherche d'une synthèse entre ces deux besoins. Un certain nombre de personnes ont elles-mêmes réalisé cette synthèse et ne peuvent donc représenter unilatéralement l'un ou l'autre de ces intérêts. Le Conseil fédéral aura aussi à coeur de rechercher de telles personnes sans créer une commission où la polarisation a priori rendrait les débats extrêmement difficiles. Mais il est clair que tous les intérêts légitimes dont vous parlez doivent y être représentés.

En ce qui concerne les autres points, je crois pouvoir abréger un peu. Vos rapporteurs ont exposé très clairement les raisons pour lesquelles il convient de rejeter les propositions de minorité à l'article 29g alinéas 2 et 3, à l'article 29h, ainsi qu'au chiffre 7 à modifier dans la loi sur la procédure administrative.

Sur ce dernier point, permettez-moi tout simplement de dire que le rejet de la proposition de minorité (Gonseth) n'a absolument rien à voir avec un refus de transparence et une distance prise par rapport à l'objectif poursuivi par M^{me} Gonseth. En fait, il s'agit tout simplement – et cela me paraît tout à fait judicieux – de ne pas fixer dans la loi sous quelle forme cette publication doit se faire. Il peut y avoir des formes plus efficaces que la publication dans la Feuille fédérale. Je crois que ceci n'est vraiment pas digne du niveau législatif et crée finalement une contrainte tout à fait inutile. Encore une fois, je crois qu'il faut trouver là les formes les mieux adaptées. Mais l'objectif de transparence est également celui du Conseil fédéral.

Art. 1 Abs. 2 – Art. 1 al. 2

Abstimmung – Vote

| | |
|-------------------------------|------------|
| Für den Antrag der Kommission | 94 Stimmen |
| Für den Antrag Singeisen | 56 Stimmen |

Art. 5 Abs. 2 – Art. 5 al. 2

Abstimmung – Vote

| | |
|-------------------------------|------------|
| Für den Antrag der Mehrheit | 95 Stimmen |
| Für den Antrag der Minderheit | 52 Stimmen |

Art. 29a; 29b – Art. 29a; 29b

*Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit
Adopté selon la proposition de la majorité*

Art. 29bbis

Abstimmung – Vote

Eventuell – A titre préliminaire

| | |
|-----------------------------------|-------------|
| Für den Antrag der Minderheit II | 114 Stimmen |
| Für den Antrag der Minderheit III | 23 Stimmen |

Definitiv – Définitivement

| | |
|----------------------------------|------------|
| Für den Antrag der Mehrheit | 90 Stimmen |
| Für den Antrag der Minderheit II | 58 Stimmen |

Art. 29c; 29d; 29e

Abstimmung – Vote

| | |
|----------------------------------|------------|
| Für den Antrag der Mehrheit | 99 Stimmen |
| Für den Antrag der Minderheit II | 51 Stimmen |

Art. 29g Abs. 1 – Art. 29g al. 1

Le président: La proposition de la minorité I a été liquidée par le vote intervenu à l'article 29a.

Abstimmung – Vote

Eventuell – A titre préliminaire

| | |
|-----------------------------------|-------------|
| Für den Antrag der Minderheit II | 111 Stimmen |
| Für den Antrag der Minderheit III | 26 Stimmen |

Definitiv – Définitivement

| | |
|----------------------------------|------------|
| Für den Antrag der Mehrheit | 94 Stimmen |
| Für den Antrag der Minderheit II | 58 Stimmen |

Art. 29g Abs. 2 – Art. 29g al. 2

Abstimmung – Vote

| | |
|-----------------------------------|-------------|
| Für den Antrag der Mehrheit | 100 Stimmen |
| Für den Antrag der Minderheit III | 51 Stimmen |

Art. 29h

Abstimmung – Vote

| | |
|-------------------------------|------------|
| Für den Antrag der Mehrheit | 97 Stimmen |
| Für den Antrag der Minderheit | 54 Stimmen |

Ziff. II Ziff. 7 – Ch. II ch. 7

Abstimmung – Vote

| | |
|-------------------------------|------------|
| Für den Antrag der Mehrheit | 89 Stimmen |
| Für den Antrag der Minderheit | 50 Stimmen |

2.3 Abfälle und Bodenschutz

2.3 Déchets et protection du sol

Art. 7 Abs. 4bis

Antrag der Kommission

Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Minderheit

(Misteli, Bäumlín, Brügger Cyrill, Bundi, Gonseth, Jeanprêtre, Strahm Rudolf)

.... Beschaffenheit des Bodens. Der Boden ist integrierender Bestandteil des terrestrischen Ökosystems und befindet sich im Übergangsbereich zwischen Erdoberfläche und Festgestein. Er schliesst sämtliche sich in diesem Bereich befindenden Schichten mit ihren physikalischen, chemischen und biologischen Eigenschaften und Funktionen mit ein.

Art. 7 al. 4bis

Proposition de la commission

Majorité

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Minorité

(Misteli, Bäumlín, Brügger Cyrill, Bundi, Gonseth, Jeanprêtre, Strahm Rudolf)

.... de l'état naturel des sols. Le sol fait partie intégrante de l'écosystème terrestre et se situe dans le domaine intermédiaire entre la surface du sol et la roche. Il comprend toutes les couches situées dans cette zone avec leurs propriétés et leurs fonctions physiques, chimiques et biologiques.

Art. 30

Antrag der Kommission

Abs. 1–3

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Abs. 4

Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Minderheit

(Thür, Bundi, Meyer Theo, Misteli)

.... entsorgt werden. Ein Ausfuhrverbot ist dann zu verfügen, wenn der Abgeber nicht nachweisen kann, dass der Produzent des Sonderabfalls alles Zumutbare für die Vermeidung des Mülls unternommen hat.

Antrag Gros Jean-Michel**Abs. 4**

.... entsorgt werden. Die regionalen grenzüberschreitenden Vereinbarungen, die für die Behandlung der Abfälle vereinbart wurden, bleiben vorbehalten.

Art. 30*Proposition de la commission***Al. 1–3**

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Al. 4*Majorité*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Minorité

(Thür, Bundi, Meyer Theo, Misteli)

.... sur le territoire national. On n'accordera pas l'autorisation d'exporter des déchets spéciaux lorsque le remettant n'est pas à même de prouver que le producteur desdits déchets a entrepris tout ce qui est en son pouvoir pour en éviter la production à la source.

*Proposition Gros Jean-Michel***Al. 4**

.... sur le territoire national. Les accords régionaux transfrontaliers conclus pour le traitement des déchets demeurent réservés.

Art. 30a*Antrag der Kommission***Abs. 1**

Streichen

Abs. 2 Bst. a*Mehrheit*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Minderheit

(Scherrer Jürg, Miesch)

Streichen

Abs. 2 Bst. b*Mehrheit*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Minderheit

(Miesch, Chevallaz, Dettling, Hegetschweiler, Neuenschwander, Philipona, Rutishauser, Scherrer Jürg, Wittenwiler, Wyss William)

Streichen

Abs. 2 Bst. c (neu)

c. Hersteller verpflichten, Produktionsabfälle zu vermeiden, für deren umweltverträgliche Entsorgung keine Verfahren bekannt sind.

Art. 30a*Proposition de la commission***Al. 1**

Biffer

Al. 2 let. a*Majorité*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Minorité

(Scherrer Jürg, Miesch)

Biffer

Al. 2 let. b*Majorité*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Minorité

(Miesch, Chevallaz, Dettling, Hegetschweiler, Neuenschwander, Philipona, Rutishauser, Scherrer Jürg, Wittenwiler, Wyss William)

Biffer

Al. 2 let. c (nouvelle)

c. obliger les fabricants à prévenir la formation des déchets de production pour lesquels on ne connaît aucune méthode permettant de les éliminer.

Art. 30b*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Art. 30c*Antrag der Kommission***Abs. 1**

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Abs. 2

Abfälle dürfen ausserhalb von Anlagen nicht verbrannt werden. Davon ausgenommen ist das Verbrennen natürlicher Wald-, Feld- und Gartenabfälle, sofern dadurch keine übermässigen Immissionen entstehen.

Abs. 3

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates (= Abs. 2)

Art. 30c*Proposition de la commission***Al. 1**

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Al. 2

Les déchets ne peuvent pas être incinérés ailleurs que dans les installations d'élimination. A l'exception de l'incinération des déchets naturels, provenant des forêts, des champs et des jardins, lorsqu'il n'en résulte pas d'immissions excessives.

Al. 3

Adhérer au projet du Conseil fédéral (= al. 2)

Art. 30d*Antrag der Kommission***Bst. a***Mehrheit*

a. und dies die Umwelt langfristig erheblich weniger belastet als

Minderheit

(Scherrer Jürg, Hegetschweiler, Miesch, Neuenschwander)

Streichen

Bst. b

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 30d*Proposition de la commission***Let. a***Majorité*

a. supportable et, à long terme, plus respectueux

Minorité

(Scherrer Jürg, Hegetschweiler, Miesch, Neuenschwander)

Biffer

Let. b

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Art. 30e*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Art. 30f*Antrag der Kommission***Titel**

Verkehr mit Sonderabfällen

Abs. 1–3

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Abs. 4

Streichen

Abs. 5
Unternehmungen, die Sonderabfälle sammeln oder

Art. 30f*Proposition de la commission**Titre*

Mouvements de déchets spéciaux

Al. 1–3

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Al. 4***Biffer***Al. 5*

.... des déchets spéciaux, qui de déchets spéciaux ou

Art. 30fbis (neu)*Antrag der Kommission**Titel*

Verkehr mit anderen Abfällen

Abs. 1

Der Bundesrat kann über den Verkehr mit anderen Abfällen, einschliesslich der Ein-, Aus- und Durchfuhr, insbesondere Vorschriften nach Artikel 30f Absatz 2 erlassen, wenn keine Gewähr für eine umweltverträgliche Entsorgung besteht. (Bisheriger Art. 30f Abs. 4)

Abs. 2

Unternehmungen, die andere Abfälle sammeln oder die für andere die Entsorgung von anderen Abfällen organisieren oder daran beteiligt sind, müssen dies der Behörde melden. (Bisheriger Art. 30f Abs. 5)

Art. 30fbis (nouveau)*Proposition de la commission**Titre*

Mouvements d'autres déchets

Al. 1

Le Conseil fédéral peut édicter des prescriptions, et notamment des prescriptions au sens de l'article 30f alinéa 2, sur les mouvements des autres déchets, y compris sur l'importation, l'exportation et le transit, s'il n'est pas garanti que ces déchets seront éliminés d'une manière respectueuse de l'environnement. (Ancien art. 30f al. 4)

Al. 2

Les entreprises qui collectent d'autres déchets, qui organisent pour des tiers l'élimination d'autres déchets ou participent à l'une de ces deux activités, doivent en avertir l'autorité. (Ancien art. 30f al. 5)

Art. 31*Antrag der Kommission**Abs. 1**Mehrheit*

.... Insbesondere ermitteln sie ihren Bedarf an Abfallanlagen, vermeiden Überkapazitäten und legen die Standorte der Abfallanlagen fest.

Minderheit

(Scherrer Jürg, Chevallaz, Hegetschweiler, Miesch, Wittenwiler)

Streichen

Abs. 2

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 31*Proposition de la commission**Al. 1**Majorité*

.... Ils définissent notamment leurs besoins en installations d'élimination des déchets, évitent les surcapacités et fixent les emplacements de ces installations.

Minorité

(Scherrer Jürg, Chevallaz, Hegetschweiler, Miesch, Wittenwiler)

Biffer*Al. 2*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Art. 31a*Antrag der Kommission**Abs. 1**Mehrheit*

.... zusammen und vermeiden Überkapazitäten an Abfallanlagen.

Minderheit

(Scherrer Jürg, Chevallaz, Hegetschweiler, Miesch, Wittenwiler)

Streichen

Abs. 2

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 31a*Proposition de la commission**Al. 1**Majorité*

.... d'élimination et évitent les surcapacités en installations d'élimination des déchets.

Minorité

(Scherrer Jürg, Chevallaz, Hegetschweiler, Miesch, Wittenwiler)

Biffer*Al. 2*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Art. 31b*Antrag der Kommission**Abs. 1, 3*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

*Abs. 2**Mehrheit*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Minderheit

(Scherrer Jürg, Chevallaz, Hegetschweiler, Miesch, Wittenwiler)

Die Kantone legen für diese Abfälle Einzugsgebiete, Sammlungen oder Sammelstellen fest. Sie bestimmen die Standorte für Abfallanlagen.

Art. 31b*Proposition de la commission**Al. 1, 3*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Al. 2**Majorité*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Minorité

(Scherrer Jürg, Chevallaz, Hegetschweiler, Miesch, Wittenwiler)

Les cantons définissent pour ces déchets des zones d'apport, des collectes ou des points de collecte. Ils arrêtent les emplacements pour les installations prévues pour les déchets.

Art. 31c*Antrag der Kommission**Abs. 1, 3*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

*Abs. 2**Mehrheit*

....

c. Streichen

Minderheit

(Bundi, Bodenmann, Jeanprêtre, Meyer Theo, Misteli, Ruffy, Thür, Wick)

....

c. Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 31c*Proposition de la commission**Al. 1, 3*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Al. 2**Majorité*

....

c. Biffer

Minorité

(Bundi, Bodenmann, Jeanprêtre, Meyer Theo, Misteli, Ruffy, Thür, Wick)

....

c. Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Art. 32*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Art. 32a*Antrag der Kommission**Abs. 1*

.... verpflichtet, einer vom Bund beauftragten und beaufsichtigten privaten Organisation eine vorgezogene Entsorgungsgebühr zu entrichten.

Abs. 2, 3

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

*Antrag Reimann Maximilian**Abs. 1*

.... eine vorgezogene Entsorgungsgebühr zu entrichten, sofern Branchenvereinbarungen im Sinne von Artikel 38bis nicht zum Ziel geführt haben. Diese wird

Art. 32a*Proposition de la commission**Al. 1*

.... à acquitter à une organisation privée mandatée et surveillée par la Confédération une taxe d'élimination anticipée.

Al. 2, 3

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Proposition Reimann Maximilian**Al. 1*

.... une taxe d'élimination anticipée pour autant que la conclusion d'accords sectoriels au sens de l'article 38bis n'a pas conduit au but souhaité.

Art. 32b*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Art. 32c*Antrag der Kommission**Abs. 1**Mehrheit*

.... oder die konkrete Gefahr besteht, dass solche Einwirkungen

Minderheit

(Epiney, Dettling, Hegetschweiler, Miesch, Neuenschwander, Philipona, Rutishauser, Scherrer Jürg, Wittenwiler, Wyss William)

.... oder die Gefahr besteht, dass solche Einwirkungen entstehen. (Rest streichen)

Abs. 2

Die Kantone erstellen einen öffentlich zugänglichen Kataster der

Abs. 3, 4

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 32c*Proposition de la commission**Al. 1**Majorité*

.... qu'ils risquent concrètement de l'être un jour

Minorité

(Epiney, Dettling, Hegetschweiler, Miesch, Neuenschwander, Philipona, Rutishauser, Scherrer Jürg, Wittenwiler, Wyss William)

.... qu'ils risquent de l'être un jour. (Biffer le reste)

Al. 2

Les cantons établissent un cadastre, accessible au public, des décharges

Al. 3, 4

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Art. 32d*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Art. 32e*Antrag der Kommission**Abs. 1*

.... einer Deponie dem Kanton auf der Ablagerung entrichtet. Die Kantone leiten die Abgabe an den Bund weiter, der diese ausschliesslich für Abgeltungen an die Kantone zur Sanierung von Deponien und anderen Standorten verwendet.

Abs. 2

.... von Deponien. Die Abgabesätze betragen höchstens 20 Prozent der durchschnittlichen Ablagerungskosten.

Abs. 3

Die Abgeltungen des Bundes betragen höchstens 40 Prozent der

a. auf die Deponie oder den Standort nach dem 1. Februar 1996 keine

c. oder eine Deponie oder ein Standort zu sanieren ist

Abs. 4

.... der Abgeltungen des Bundes und die anrechenbaren Kosten.

Abs. 5 (neu)

Die Kantone können zur Finanzierung der Sanierung von Deponien und anderen Standorten weitere Abgaben erheben.

Art. 32e*Proposition de la commission**Al. 1*

Le Conseil fédéral peut obliger le détenteur d'une décharge contrôlée à acquitter au canton une taxe sur le stockage définitif des déchets. Les cantons versent la taxe à la Confédération, qui l'affecte exclusivement à l'indemnisation des cantons pour l'assainissement des décharges et d'autres sites.

Al. 2

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

(la modification ne concerne que le texte allemand)

Al. 3

Les indemnités accordées par la Confédération ne peuvent pas dépasser

a. le 1er février 1996;

Al. 4

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

(la modification ne concerne que le texte allemand)

Al. 5 (nouveau)

Les cantons peuvent percevoir des taxes additionnelles pour financer l'assainissement de décharges et d'autres sites.

Art. 33*Antrag der Kommission**Abs. 1*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Abs. 2*Mehrheit*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Minderheit

(Dettling, Brügger Cyrill, Chevallaz, Epiney, Hegetschweiler, Neuenschwander, Philipona, Rutishauser, Stucky, Wittenwiler, Wyss William)

... des Bodens. Die Kantone können über Massnahmen gegen physikalische Belastungen wie die Erosion oder die Verdichtung Empfehlungen oder Vorschriften erlassen.

Art. 33*Proposition de la commission**Al. 1*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Al. 2**Majorité*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Minorité

(Dettling, Brügger Cyrill, Chevallaz, Epiney, Hegetschweiler, Neuenschwander, Philipona, Rutishauser, Stucky, Wittenwiler, Wyss William)

.... par le secteur de la construction. Les cantons peuvent édicter des recommandations ou des prescriptions sur les mesures destinées à lutter contre les atteintes physiques telles que l'érosion ou le tassement.

Art. 34*Antrag der Kommission**Abs. 1**Mehrheit*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Minderheit

(Dettling, Chevallaz, Epiney, Hegetschweiler, Neuenschwander, Philipona, Rutishauser, Stucky, Wittenwiler)

Ist die Bodenfruchtbarkeit in bestimmten Gebieten ausserhalb der baulichen Nutzung langfristig

Abs. 2, 3

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 34*Proposition de la commission**Al. 1**Majorité*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Minorité

(Dettling, Chevallaz, Epiney, Hegetschweiler, Neuenschwander, Philipona, Rutishauser, Stucky, Wittenwiler)

Si la fertilité du sol n'est plus garantie à long terme dans certaines régions, en dehors des sols utilisés par le secteur de la construction, les cantons

Al. 2, 3

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Art. 35, 37*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Art. 39*Antrag der Kommission**Abs. 2 Bst. b*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Abs. 3

Unverändert

Art. 39*Proposition de la commission**Al. 2 let. b*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Al. 3

Inchangé

Art. 41*Antrag der Kommission**Abs. 1*

.... (Entsorgungsgebühr), 32e Absätze 1 bis 4 (Abgabe zur

Abs. 2

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 41*Proposition de la commission**Al. 1*

.... (taxe d'élimination anticipée), 32e alinéas 1 à 4 (taxe

Al. 2

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Art. 45*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Art. 52 Abs. 1*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 52 al. 1*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Art. 58 Abs. 1, 3; 59*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 58 al. 1, 3; 59*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Art. 60 Abs. 1 Bst. f-k*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 60 al. 1 let. f-k*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Art. 61 Abs. 1*Antrag der Kommission*

....

dbis. (neu) *widerrechtlich* Abfälle ausserhalb von Anlagen verbrennt (Art. 30c Abs. 2);

....

ebis. (Art. 30f Abs. 5, 30fbis Abs.2

f. (Art. 30a Abs. 2 Bst. a, c, 30b, 30c Abs. 3, 30d, 30g Abs. 1, 32a, 32b Abs. 4 und 32e Abs. 1-4);

fbis. (Art. 30fbis Abs. 1);

....

Art. 61 al. 1*Proposition de la commission*

....

dbis. (nouveau) il est contraire au droit d'incinérer des déchets ailleurs que dans des installations d'élimination (art. 30c al. 2);

....

ebis. (art. 30f al. 5, 30fbis al.2

f. (art. 30a al. 2 let. a, c, 30b, 30c al. 3, 30d, 30g al. 1er, 32a, 32b al. 4 et 32e al. 1-4);

fbis. (art. 30fbis al. 1er);

....

Gliederungstitel vor Art. 63; Art. 65 Abs. 2*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Titre précédant l'art. 63; art. 65 al. 2*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Ziff. II Ziff. 2; 6*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Ch. II ch. 2; 6*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Misteli Marguerite (G, SO), Sprecherin der Minderheit: In Artikel 7 Absatz 4bis beantragt Ihnen die Minderheit, die Fassung des Bundesrates durch eine umfassendere Definition zu ergänzen.

Der erste Satz der bundesrätlichen Fassung ist vom Antrag nicht betroffen, jedoch der zweite: «Als Boden gilt nur die oberste, unversiegelte Erdschicht, in der Pflanzen wachsen können.» Die von der Minderheit beantragte Fassung anstelle dieses Satzes lautet: «Der Boden ist integrierender Bestandteil des terrestrischen Ökosystems und befindet sich im Übergangsbereich zwischen Erdoberfläche und Festgestein. Er schliesst sämtliche sich in diesem Bereich befindenden Schichten mit ihren physikalischen, chemischen und biologischen Eigenschaften und Funktionen mit ein.»

Die vom Bundesrat vorgeschlagene Definition ist eine eigentliche Negativdefinition und wird dem Boden als äusserst komplexem Umweltmedium, welches es zu schützen gilt, keineswegs gerecht. Im Schlussbericht des Nationalen Forschungsprogrammes «Boden» wird darauf hingewiesen, dass wir in der Schweiz keine rechtskräftige Definition des Bodens haben – auch die vorgeschlagene Version des Bundesrates verbessert das nicht –; es wird folgender Vorschlag gemacht: «Der Boden besteht aus mineralischen Bestandteilen, aus organischen Bestandteilen (Humus), aus Lebewesen, aus Luft und aus Wasser.»

Die vorliegende Definition des Bundesrates beschränkt Boden auf die Erschliessung durch Pflanzenwurzeln. So müssen Sie sich vorstellen, dass im gleichen Boden mit schwankendem Grundwasserspiegel bei hohem Grundwasserspiegel der so definierte Boden eine dünne Erdschicht wäre, bei tiefem Grundwasserspiegel hätten wir dann plötzlich einen tiefen Boden. Diese schwankende Umschreibung von Boden erleichtert die Anwendung des Bodenbegriffes keineswegs. Nach der Ihnen vom Bundesrat vorgelegten Definition ist Boden nur Boden, wenn er gesund ist. Wenn der Boden vergiftet ist und keine Pflanzen mehr drin wachsen, kann das Stück Erde nicht mehr «Boden» genannt werden. Die Definition führt sich selbst ad absurdum und entzieht dem Schutz die rechtliche Basis ausgerechnet in dem Fall, in dem ein Boden diesen Schutz am dringendsten benötigt. Auch wenn der Boden durch physikalische Belastung, zum Beispiel durch schwere Maschinen, stark verdichtet wird, ist das Pflanzenwachstum zuerst eingeschränkt, bei weiter fortschreitender Verdichtung wird es verunmöglicht. Nach der vorliegenden Definition fällt auch dieses Stück Erde nicht mehr unter die Definition Boden. Auch in diesem Fall jedoch hätte gerade diese Erdschicht den Schutz am dringendsten nötig.

Der Boden als Bestandteil des terrestrischen Ökosystems ist ein offenes System. Unserer Meinung nach ist das Umweltschutzgesetz das richtige Gesetz, um seinen umfassenden Schutz abzustützen. Überlagerungen mit anderen Gesetzen sind dabei nicht vollständig zu vermeiden, doch sektorielles Denken macht sich gerade im Umweltschutz nicht bezahlt. Das Umweltschutzgesetz ist das Hauptgesetz. Die von der Minderheit vorgeschlagene Bodendefinition stützt sich auf diejenige des Europarates aus dem Jahre 1992 ab. Sie geht weiter als die Ihnen vom Bundesrat vorgeschlagene Definition. Bodenschutz wird damit zu einer umfassenden Disziplin erweitert. Darin sind der physikalische Schutz, die Erhaltung des Bodengefüges, also der eigentlichen Substanz des Bodens – dessen, was wir normalerweise unter «Boden» verstehen –, der Grundwasserschutz und die Nutzung von bestimmten Bodenschätzen einbezogen. Zudem können so die

Alllasten besser angegangen werden, welche bisher gegenüber den Bodenbelastungen nicht klar abgegrenzt werden konnten.

Die Schweiz ist Mitglied des Europarates. Es würde ihrer Eigenständigkeit keinen Abbruch tun, sich der wissenschaftlich besser abgestützten Definition des Europarates anzuschliessen.

Die Arbeiten des Nationalen Forschungsprogrammes «Boden» bestätigen diese Definitionen. Der sich auf die vom Europarat empfohlene Definition stützende Antrag der Minderheit gibt die nötige rechtliche Grundlage, damit dem Boden in Zukunft mehr Sorge getragen werden kann und damit wir kommenden Generationen genügend fruchtbaren Boden erhalten können, was ja auch die Zielsetzung der Definition des Bundesrates wäre.

Ich beantrage Ihnen, den Antrag der Minderheit zu unterstützen.

Thür Hanspeter (G, AG), Sprecher der Minderheit: Ich verlange in Artikel 30 namens der Minderheit einen Zusatz. Ich möchte, dass dann ein Ausfuhrverbot erlassen wird, wenn der Produzent von Sondermüll nicht nachweisen kann, dass er alles Zumutbare zur Vermeidung des Mülls unternommen hat.

Das Problem der Produktion des Sondermülls ist bekannt. Weltweit werden über 400 Millionen Tonnen produziert, die Schweiz selber exportiert 90 000 Tonnen. Immer wieder finden Diskussionen darüber statt, ob in den Ländern, wo dieser Sondermüll aufgenommen wird, die nötigen Voraussetzungen für eine sichere Lagerung bestehen. Die Gefahr ist gross, dass die Entsorgung aus wirtschaftlichen Gründen nicht im eigenen Land passiert, sondern eben dort, wo es am billigsten ist, mit fatalen Folgen für die Umwelt.

Zwar trifft es zu, dass die Basler Konvention den Export und Import von Sondermüll regelt. Sie statuiert die Pflicht zur Reduktion von Sondermüll und verlangt auch, dass nach Möglichkeit im eigenen Land entsorgt werden muss. Die Schweiz ist Mitglied der Basler Konvention. Es muss aber darauf hingewiesen werden, dass nur ein Teil der müllexportierenden Länder die Konvention unterzeichnet haben; letztes Jahr waren es von 120 möglichen Exporteuren nur 64 Staaten. Deshalb wird diese Konvention von vornherein nur eine beschränkte Wirkung haben. Für uns stellt sich die Frage, was die Schweiz, die an sich keine Sondermüllexporte in die Dritte Welt mehr tätigt, zusätzlich unternehmen könnte, damit im eigenen Land möglichst wenig Sondermüll entsteht und somit auch möglichst wenig Druck auf Exporte entsteht.

Ich bin der Auffassung, dass das Problem am besten gelöst werden kann, wenn von jenen, die Müll produzieren, ein Nachweis verlangt wird, dass sie alles Zumutbare zur Vermeidung dieses Mülls unternommen haben. Das ist sinnvoll und stärkt das Verursacherprinzip und auch jene Kräfte, die etwas unternehmen, um diese problematischen Abfälle an der Wurzel zu vermeiden.

Dieser Minderheitsantrag fügt sich in die Logik von Artikel 30 Absatz 1 ein, der die Vermeidungsstrategie umschreibt. Er fügt sich aber auch in die Logik der Basler Konvention ein, die den Mitgliedstaaten diese Vermeidungsstrategie als Pflicht auferlegt.

Ich bitte Sie deshalb, diesem Minderheitsantrag zuzustimmen.

Scherrer Jürg (A, BE), Sprecher der Minderheit: Im Namen der Minderheit stelle ich Ihnen den Antrag, Artikel 30a Absatz 2 Litera a zu streichen, welche vorsieht, dass der Bundesrat das Inverkehrbringen von Produkten, die für eine einmalige und kurzfristige Verwendung bestimmt sind, verbieten kann, wenn deren Nutzen die durch sie verursachte Umweltbelastung nicht rechtfertigt.

Mit diesem Artikel wird der Willkür Tür und Tor geöffnet. Ich nenne nur ein einziges Beispiel, wo man zunächst, vor neuen Erkenntnissen, glaubte, etwas verbieten zu müssen und hinterher feststellte, dass sich das Verbot negativ ausgewirkt hätte. Es betrifft das Einweggeschirr, welches bei Festen oft verwendet wird. Da wurde behauptet, Einweggeschirr (Pla-

stikbecher, Kartonteller, Plastikbesteck) sei insgesamt umweltschädlicher als normales Geschirr. Im Kanton Schaffhausen musste eine Festwirtschaft einmal unter enormen Aufwendungen normales Porzellangeschirr zur Verfügung stellen. Hinterher machte man die Feststellung, dass Einweggeschirr bei Festen insgesamt umweltfreundlicher ist als die Verwendung von Porzellangeschirr.

Das ist ein Signal dafür, dass im Umweltbereich sehr oft falsch argumentiert wird, dass voreilig falsche Schlüsse gezogen werden und dass nach planwirtschaftlichem Muster willkürlich Produkte verboten werden, obwohl sie keinen Schaden anrichten. Wer entscheidet übrigens, ob der Nutzen eines Einwegprodukts grösser ist als der Schaden? Das wird irgendein Beamter im Buwal sein. Was aus dem Buwal kommt, ist nicht immer unbedingt gut, zum Teil ist es sogar sehr schlecht. Ein Entscheid kann auch von der Tagesform oder vom Gutdünken eines einzelnen Beamten abhängen. Es ist allerdings auch möglich, dass man einmal mehr das Büro Infras in Zürich zur Rate zieht, wo jahrelang drei Nationalräte der sozialistischen Fraktion Einsitz genommen haben bzw. immer noch nehmen (Frau Mauch Ursula, Frau Haering Binder und Herr Ledergerber). Es haben sich zwar in letzter Zeit Mutationen ergeben, das ändert aber nichts an der Tatsache, dass sich ein Umweltbüro, das hauptsächlich von Mitgliedern der sozialistischen Fraktion geführt wird, in diesem Rat selber Aufträge zuschanzt, diese Aufträge dann im Sinne der sozialistischen Fraktion behandelt und dem Buwal, welches auf derselben Linie liegt, noch die entsprechenden Richtlinien erteilt. Meine Damen und Herren, das ist der linke Filz in diesem Staat – nicht zu unserem Vorteil, sondern zu unserem Schaden.

Weiter stellen wir den Antrag, Artikel 30d zu streichen. Die Verpflichtung, bestimmte Abfälle verwerten zu müssen, schiesst oft am Ziel vorbei. Ich nehme das sogenannte Umweltschutzpapier als Beispiel. Ich nenne das nicht Umweltschutzpapier. Bei mir ist es ganz einfach Recyclingpapier.

1. Man hat festgestellt, dass dieses sogenannte Umweltschutzpapier anscheinend doch nicht ganz so umweltfreundlich ist, wenn man sämtliche Aufwendungen, die es zur Herstellung und Wiederaufbereitung braucht, berücksichtigt.

2. Dazu kommt der Punkt, die Qualitätseinbusse dürfe nicht allzu gross sein. Wer entscheidet darüber? Es ist wieder ein Beamter im Buwal. Es ist nicht der Konsument, der z. B. bei seinem PC zu Hause einen Tintenstrahldrucker hat und beim sogenannten Umweltschutzpapier verzweifelt feststellen muss, dass die Schrift verfließt, dass es kein sauberes Druckbild mehr gibt, und der demzufolge gezwungen ist, auf weisses, neues Papier auszuweichen, wenn er seine Firma oder seine Arbeit auf eine einigermaßen anständige Art und Weise präsentieren will. Hier will der Staat wieder eingreifen und Vorschriften erlassen. Da brüten Beamte wieder stunden- oder tagelang Vorschriften aus, von deren Konsequenzen sie keine Ahnung haben. Leidtragender ist der Konsument, der diese Übung über die Steuern am Schluss auch noch bezahlen darf.

Ich mache Sie weiter darauf aufmerksam, dass Recyclingprodukte oder alternative Produkte sehr oft eine geringere Lebensdauer haben als die bisher bekannten Produkte. Die Berechnung, ob eine geringere Lebensdauer, welche die frühzeitige Anschaffung eines neuen Produkts verlangt, umweltfreundlicher oder umweltschädlicher ist, wurde ja bisher noch nie gemacht.

Betreffend die Mehrkosten: Wieviel Mehrkosten dürfen es denn sein? 5 Prozent, 10 Prozent, 20 Prozent oder 100 Prozent? Wieder stellt sich die Frage, wer das entscheidet und von wessen Tagesform es abhängt, wie der Entscheid schliesslich ausfällt. Da liegt tatsächlich die Gefahr der Willkür in der Luft. Ein solcher Gummiartikel ist abzulehnen.

Bei Artikel 31 stellen wir Ihnen den Antrag, ihn vollständig zu streichen. Wie der Titel schon sagt, geht es hier um Planung, besser gesagt um Planwirtschaft. Ich bin gespannt, wie die Kantone – wie es der Artikel verlangt – den Abfall planen sollen. Was sollen sie denn planen? Wieviel Abfall die Bevölkerung produziert? Oder welcher Abfall von Bevölkerung, Industrie und Gewerbe produziert wird? Oder auf welche Weise

er produziert wird, oder was denn? Nach den bisherigen Erfahrungen – zumindest im Kanton Bern, die aber auch auf andere Kantone anwendbar sind – stimmen die verfügbaren Kapazitäten an Abfallverwertungs-, Abfallverbrennungs- und Abfallbeseitigungsanlagen oft nicht mit der Wirklichkeit überein. Da werden Überkapazitäten bereitgestellt, die dann teilweise brachliegen. Bezahlt wird die Sache schliesslich durch die arbeitende und Steuern zahlende Bevölkerung. Fehlentscheide sind vorprogrammiert, auch Uneinigkeit, ja Streitigkeiten unter den Kantonen.

Aber natürlich hat der Bundesrat, wie es planwirtschaftlichem Denken entspricht, gleich auch eine Lösung ausgebrütet, und zwar mit Artikel 31a, dessen Ablehnung wir Ihnen ebenfalls nahelegen. Wenn die Kantone sich über den Standort der Abfallanlagen und über die Planung des Abfalls nicht einigen können, müssen sie an den Bund gelangen und Lösungsvorschläge unterbreiten. Einen grösseren Blödsinn hätte man in diesen Revisionsentwurf nicht schreiben können. Können Sie mir einmal erklären, wie zwei oder drei Kontrahenten, die sich über die Art und Weise des Vorgehens und über die Konsequenzen nicht einig sind, einem Dritten Lösungsvorschläge unterbreiten sollen? Ich bin gespannt, wie das in der Praxis funktionieren soll. Da soll dann der Bund einspringen und als Oberbefehlshaber Richtlinien erlassen und die Kantone zu Handlungen zwingen – etwas anderes ist nicht möglich –, über deren Inhalt und Konsequenzen keine Einigkeit besteht. Staatswirtschaft und eine Aufblähung der Bürokratie zu horrenden Kosten werden die Folgen sein. Sie entstammen dem sozialistischen Denkmuster: Möglichst viel Staat, möglichst viel Bürokratie, möglichst viel Bevormundung – und möglichst viel Steuern oder Abfallgebühren kassieren.

Die Artikel 31 und 31a sind überflüssig und schädlich. Die Privatwirtschaft ist besser in der Lage, Abfälle effizient und auch umweltfreundlich zu entsorgen als der Staat. Ich erwähne zwei Beispiele: Die Entsorgung von ausgedienten Automobilen und die Entsorgung von Elektronikschrott sind in vielen Kantonen und Städten bereits erfolgreich auf privatwirtschaftlicher Basis angelaufen, und zwar zu Kosten, die für den Konsumenten tragbar sind.

Ich bitte Sie, unserem Minderheitsantrag zu Artikel 31b Absatz 2 zuzustimmen. Es genügt vollauf, wenn die Kantone für Abfälle Einzugsgebiete, Sammlungen oder Sammelstellen festlegen und die Standorte von Abfallanlagen bestimmen. Das letztere ist sinnvoll, weil für die Erstellung von Abfallanlagen ohnehin Volksabstimmungen nötig sind. Wie der Fall von Rüti bei Büren zeigt, werden solche Abfallanlagen vom Volk nicht immer akzeptiert. Also müssen in diesem Bereich Private sowieso mit dem Staat zusammenarbeiten.

Angesichts der Präsenz in diesem Saal mache ich mir allerdings keine Illusionen, dass sich dieser mehrheitlich bürgerliche Rat jetzt endlich einmal zusammenraufen und den sozialistischen planwirtschaftlichen Vorstössen der linken Seite die nötige Abfuhr erteilen könnte.

Miesch Christian (R, BL), Sprecher der Minderheit: In Artikel 30a Absatz 2 Buchstabe b wird dem Bundesrat die Kompetenz erteilt, die Verwendung von Stoffen zu verbieten, welche die Entsorgung erheblich erschweren oder bei ihrer Entsorgung die Umwelt gefährden oder belasten. Diese Bestimmung – sie ist nur dank des Stichtentscheids des Präsidenten zustande gekommen – geht zu weit. In keinem anderen Gesetz gibt es eine Kompetenz des Bundesrates, auf derart vager Basis in den Produktionsprozess einzugreifen. Stellen Sie sich vor, was es für die verantwortungsbewusste Chemie bedeutete, wenn der Bundesrat aufgrund dieses Buchstabens im Gesetz z. B. das Dioxin verbieten würde. Dioxin ist für die Produktion von Chemieprodukten unerlässlich.

Zudem ist die Bestimmung in Absatz 2 Buchstabe b überflüssig und unnötig, da die umweltverträgliche Entsorgung bereits nach Absatz 1 garantiert werden muss. Wir wollen dieses Gesetz für die Umwelt mit der Industrie und nicht gegen die Industrie ändern. Aus diesem Grund ist es nicht sinnvoll, das Umweltschutzgesetz mit Bestimmungen zu belasten, die einerseits – weil etwas schon geregelt ist – unnötig sind und

andererseits die Industrie mit unnötiger Bürokratie belasten. Ich bitte Sie deshalb, der Minderheit zuzustimmen und Artikel 30a Absatz 2 Buchstabe b zu streichen.

Bundi Martin (S, GR), Sprecher der Minderheit: Die neue Philosophie in bezug auf die Abfälle geht davon aus, dass diese soweit wie möglich vermieden werden sollen. Ferner sollen sie soweit wie möglich verwertet und umweltverträglich entsorgt werden, und diese Entsorgung soll auch möglichst im Inland erfolgen.

Es ist interessant, einen Blick auf die heutige Situation des jährlich anfallenden Abfallvolumens zu werfen. Die Statistik des Jahres 1993 gibt folgende Auskunft über die Schweizer Verhältnisse: Siedlungsabfälle: 2,8 Millionen Tonnen; Bauabfälle: 3 Millionen Tonnen; Sonderabfälle: 750 600 Tonnen. Und 1,37 Millionen Tonnen der gesamten Abfälle wurden wiederverwertet. Der Anteil der Wiederverwertung von Abfällen am gesamten Abfallvolumen beträgt in der Schweiz also zirka 20 Prozent. Wir sehen daran, wie wichtig die Forderung nach Wiederverwertung von Abfällen ist.

Das revidierte Gesetz muss nun Bestimmungen enthalten, welche Bundesrat und Verwaltung Kompetenzen einräumen, um die Grundsätze anzuwenden. Einen grossen Teil solcher Kompetenzen möchten die Minderheitsanträge Scherrer Jürg und Miesch verweigern. Dann wäre das Gesetz aber wirkungslos. Blosser Appelle und freiwillige Aufrufe führen bekanntlich nicht ans Ziel. In manchen Bereichen der Abfallentsorgung bestehen nämlich grosse Probleme. Ich erinnere nur an die Elektronikbranche, speziell an die Fernsehgeräte: Nur ein kleiner Teil der Geräte – jährlich kommen 100 000 Tonnen elektronischer Schrott zusammen – gelangt an eines der elf von der Swico und der Empa lizenzierten Recyclingwerke. Der Rest wird entweder verbrannt oder von den Händlern containerweise nach Osteuropa verkauft. Ökologisch gesehen ist das sehr bedenklich, da nur jeder zweite Apparat dort repariert werden kann. Der Rest kommt in Osteuropa oder in Drittweltländern auf die Müllhalde. Wir exportieren also einen grossen Teil dieses Mülls. Ähnlich verhält es sich mit der Heimelektronik und mit den Bürogeräten.

Hier setzt der Antrag der Minderheit Thür mit Recht an. Die Vorwürfe von Herrn Scherrer Jürg Richtung sozialistische Experimente und Planwirtschaft und sein Ansinnen, mit seinen Minderheitsanträgen alle Möglichkeiten bundesrätlichen Eingreifens zu verhindern – die zum Ziel hätten, Abfälle erstens zu vermeiden und sie zweitens soweit möglich im Inland selber zu verwerten oder zu entsorgen –, müssen mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen werden.

Er sprach mehrmals von einer sozialistischen Fraktion; ich weiss nicht, wen er damit gemeint hat – meines Erachtens gibt es keine solche Fraktion hier –, aber wir, die sozialdemokratische Fraktion, unterstützen die konstruktiven Anträge des Bundesrates mit voller Überzeugung, weil wir sozial eingestellt und weil wir Demokraten sind.

Mit unserem Antrag zu Artikel 31c Absatz 2 Buchstabe c möchten wir die Formulierung des Bundesrates unterstützen, die von der Kommissionsmehrheit gestrichen wurde. Hier geht es nicht um die gewöhnlichen Siedlungsabfälle, sondern um die Entsorgung der übrigen Abfälle, namentlich um Bau-, Gewerbe- und Industrieabfälle. Dazu gehören beispielsweise Abfälle aus Strassenerneuerungen und aus dem Geleiseunterhalt.

Viele kleine Unternehmer können aus finanziellen und technischen Gründen sowie wegen zu kleinen Mengen nicht eigene Entsorgungsanlagen errichten. Sie sind auf Anlagen Dritter angewiesen, zum Beispiel für Farbabfälle aus Malereigewerben oder für Abfälle aus Schlachthäusern und Metzgereien. Häufig ist es sehr schwierig, dafür einen geeigneten Standort zu finden. Mit Absatz 2 dieses Artikels verpflichtet man die Kantone, die Entsorgung solcher Abfälle zu unterstützen, eventuell ein Einzugsgebiet festzulegen, Verträge abzuschliessen – z. B. die Annahmepflicht des Betreibers einer Anlage zu verankern –, um so zu ökologischen und wirtschaftlich optimalen Lösungen zu kommen. Findet sich trotzdem keine leistungsfähige Trägerschaft, so kann und soll sich der Kanton an Trägerschaften beteiligen oder eventuell

selber solche errichten können, allenfalls auch kantonsübergreifend.

Es ist nun nicht begreiflich, warum die Kommissionsmehrheit hingeht und diese Möglichkeit aus dem Revisionsentwurf herausstreichen will. Auch im Rahmen der Bestimmung dieses Buchstabens ist die Meinung, dass zunächst einmal die private Initiative gefragt ist; wenn diese versagt, soll die Mitbeteiligung des Kantons in Frage kommen, der – genau gleich wie auch die Gemeinden – als Aktionär neben Privaten in Erscheinung treten kann. Erst wenn sich gar nichts rührt, würde der Kanton allenfalls sogar selber Anlagen errichten und betreiben. All das ist auf dem Subsidiaritätsprinzip aufgebaut, das wir sonst immer wieder hochleben lassen. Ich möchte Sie also bitten, unserem Minderheitsantrag zuzustimmen. Von vielen Kantonen wurde im Vernehmlassungsverfahren ausdrücklich gewünscht, dass eine solche Kompetenz im Gesetz verankert wird.

Epinay Simon (C, VS), porte-parole de la minorité: Notre proposition de minorité à l'article 32c, qui a été refusée de justesse en commission, soulève deux questions essentielles, liées, d'une part, au rôle de la Confédération et, d'autre part, au financement des mesures.

Cet article pose avec raison le principe selon lequel il incombe aux cantons d'assainir les décharges contrôlées ainsi que les autres sites pollués par les déchets. En revanche, il prévoit que c'est le Conseil fédéral qui peut édicter des prescriptions sur la nécessité de l'assainissement, sur les mesures à prendre et sur les délais et la procédure.

Depuis plusieurs mois, notre Conseil fustige la situation financière de la Confédération, dont l'endettement a dépassé 75 milliards de francs; il examine plusieurs programmes d'assainissement, des finances cette fois; il réduit les rubriques budgétaires; il exige une diminution de personnel et il procède à des réductions linéaires qui mettent en péril la politique régionale; enfin, il finit par refuser de nouvelles recettes avant que le déficit structurel ne soit résorbé.

Bien plus, notre Conseil exige encore du Conseil fédéral une réduction de la densité normative, une simplification et une coordination des procédures; il exige l'abandon des doubles emplois entre l'Etat fédéral et ses membres; et, finalement, il demande au Conseil fédéral de n'élaborer que des législations qui traitent des objets et des matières d'importance nationale.

En d'autres termes, selon notre Conseil, la Confédération doit désormais se contenter de fixer des conditions-cadres, d'élaborer une stratégie et de laisser aux cantons et aux communes, comme le système fédéraliste le veut, le soin d'appliquer les principes selon des priorités et des voies qui leur semblent appropriées.

Or, à cet article, il incomberait aux technocrates de l'Ofefp – les velléités d'auto-alimentation de certains vous sont d'ailleurs connues – d'établir des prescriptions et d'alimenter à nouveau la fontaine à contraintes administratives. Ce n'est pas sérieux, et ce d'autant plus que la Confédération n'est plus en état de financer de telles mesures. Il est juste en revanche que la Confédération définit la stratégie.

Il convient dès lors d'être cohérent avec la nouvelle philosophie que je viens d'évoquer et que nous pourrions résumer en trois points:

1. La Confédération doit se désengager sur le plan financier et, par voie de conséquence, concentrer son action sur les seuls objets et matières d'importance nationale, en limitant ses compétences à l'élaboration des principes et des conditions-cadres et en privilégiant, dans la mesure du possible, le système forfaitaire.

2. Il sied de réévaluer les tâches fédérales en procédant à un catalogue des dispositions légales à modifier et à supprimer.

3. Il appartient évidemment aux cantons, comme par le passé, de préciser la procédure ainsi que les mesures particulières en fonction de la nécessité et des moyens à disposition.

Comme nous l'avons indiqué lors du débat d'entrée en matière, la sauvegarde de notre cadre de vie ne saurait se traduire en termes d'interdiction et de prescription. Les collecti-

vités proches des particuliers sont mieux à même de définir ces mesures adéquates à prendre, et ce d'autant plus que les citoyens sont aujourd'hui particulièrement sensibles à la dégradation de notre écosystème et que, en cas de carence, ils poussent les autorités défaillantes à agir.

La législation sur l'environnement a atteint le seuil de tolérance. La Confédération n'a plus les ressources nécessaires pour persévérer dans son rôle d'épicière. Elle doit axer son activité dans un esprit visionnaire et au moyen d'une stratégie globale en direction des conditions-cadres. Pour ce faire, elle doit fixer des objectifs écologiques, mais qui doivent être contrôlés, et elle doit réduire la jungle administrative au profit, notamment, des mesures incitatives à la source.

Dans cet article 32c, la Confédération n'a pas à s'occuper de la procédure. Ce domaine est par ailleurs réservé par la Constitution fédérale aux cantons, dont c'est une des tâches essentielles. En outre, un nouvel interventionnisme excessif serait en contradiction flagrante avec la nouvelle répartition des tâches que nous appelons de nos vœux et dont nous devrions débattre dans quelques mois.

En acceptant la proposition de cette très forte minorité, vous aurez par là démontré un esprit de cohérence avec la nouvelle philosophie que je viens d'évoquer ainsi qu'un respect des rôles respectifs que devront jouer, dans le futur, l'Etat fédéral et les cantons.

Detting Toni (R, SZ), Sprecher der Minderheit: Im Namen einer starken bürgerlichen Minderheit möchte ich Ihnen zwei Anträge im Bereich des Bodenschutzes vorstellen.

Ich darf vorausschicken, dass es dabei nicht um den Bodenschutz an sich geht. Vielmehr möchte ich betonen, dass auch für die Minderheit die Forderung nach Verstärkung des Bodenschutzes ausser Zweifel steht. Es gehört zu einer modernen Umweltschutzgesetzgebung, den Boden gegen Belastungen durch Luftverunreinigung, umweltgefährdende Stoffe und Abfälle zu schützen. Dagegen gehen die Meinungen zwischen Mehrheit und Minderheit über die Zuständigkeit im Vollzug dieser Bestimmungen wie auch über deren Anwendbarkeit auseinander.

Was zunächst die Zuständigkeit betrifft, schlägt Ihnen die Minderheit in Artikel 33 Absatz 2 vor, für den Erlass von Massnahmen anstelle des Bundesrates weiterhin die Kantone als zuständig zu erklären. Gemäss Artikel 35 des geltenden Rechtes sind nämlich in diesem Bereiche die Kantone zuständig, was nach der Minderheit auch weiterhin so bleiben soll. Die Kantone kennen die Verhältnisse vor Ort am besten und sind daher nach Meinung der Minderheit geradezu prädestiniert, die erforderlichen Schutzmassnahmen zu erlassen bzw. die Empfehlungen abzugeben.

Jedenfalls ist nicht einzusehen, warum plötzlich der Bund bzw. der Bundesrat zuständig sein und damit das bewährte föderalistische Konzept durch eine zentralistische Vollzugsordnung abgelöst werden soll. In der Botschaft zum Umweltschutzgesetz wird denn auch mit keiner Silbe diese nach Meinung der Minderheit sachlich nicht gerechtfertigte Verlagerung der Zuständigkeit im Vollzug des Bodenschutzes – weg von den Kantonen und hin zum Bund – begründet. Ebenso wenig geht das Kommissionspapier näher auf diese Kompetenzänderung ein. Bleiben wir also beim bewährten Vollzug durch die Kantone, die die örtlichen Verhältnisse besser kennen. Stimmen Sie daher in Artikel 33 Absatz 2 dem Minderheitsantrag zu, zumal der Vollzug in diesem Bereich prioritär mittels Empfehlungen und nur subsidiär mittels Vorschriften erfolgen soll.

Eine kurze Bemerkung zum zweiten Minderheitsantrag, zu Artikel 34 Absatz 1: Gemäss Fahne schlägt Ihnen die Minderheit für die weitergehenden Massnahmen eine Einschränkung vor. Wie bereits für die Vollzugsvorschriften gemäss Artikel 33 Absatz 2 vorgesehen ist, sollen sich auch die weitergehenden Massnahmen nicht auf jenen Boden beziehen, welcher der baulichen Nutzung dient. Mit der von der Minderheit vorgeschlagenen Eingrenzung soll sichergestellt werden, dass sich sämtliche Bodenschutzmassnahmen – also die allgemeinen Empfehlungen und Vorschriften wie auch die weitergehenden Massnahmen – nicht auf die bauli-

che Nutzung des Bodens beziehen – nicht mehr und nicht weniger. Im Kommissionspapier wird die Meinung geäussert, dass die Kantone nach der Formulierung der Kommissionsminderheit nur Bodenschutzmassnahmen ausserhalb der Bauzonen treffen könnten und die versiegelten Böden innerhalb der Bauzone, wie beispielsweise Schrebergärten, Grünflächen, Parkanlagen, nicht mehr erfasst würden. Das ist unseres Erachtens nicht richtig. Der Antrag der Kommissionsminderheit bezieht sich, wie der Formulierung leicht zu entnehmen ist, nicht auf die Zonenordnung. Es geht uns nicht um die Abgrenzung zwischen eingezontem und nichteingezontem Bauland. Vielmehr wollen wir damit analog zu unserem Antrag zu Artikel 33 Absatz 2 lediglich erreichen bzw. klarstellen, dass sich auch die weitergehenden Massnahmen zum Bodenschutz nicht auf die bauliche Nutzung beziehen. Nach unserem Dafürhalten können daher weiter gehende Massnahmen im Falle der Annahme des Minderheitsantrages auch für unversiegelte Böden innerhalb der Bauzone erlassen werden.

Um einen einheitlichen Anwendungsbereich der Massnahmen zum Bodenschutz zu erreichen und sicherzustellen, ersuche ich Sie daher, in Artikel 34 Absatz 1 dem Antrag der Minderheit zuzustimmen.

Le président: Avant de passer aux propositions individuelles, j'aimerais souhaiter un très heureux anniversaire à M. Schweingruber. Je lui souhaite une journée particulièrement heureuse. (*Applaudissements*)

Gros Jean-Michel (L, GE): En règle générale, les déchets doivent être éliminés sur le territoire national. Voilà ce que nous proposons, à l'aliéna 4 de l'article 30, le Conseil fédéral et le Conseil des Etats. L'intention est sans doute louable, puisque l'objectif est d'éviter ce qu'on appelle «le tourisme des déchets».

La rédaction de cet alinéa est cependant, à nos yeux, beaucoup trop stricte. Même si l'interdiction de franchir la frontière avec des déchets est assouplie par le terme «en règle générale», nous sommes d'avis que les possibilités régionales d'exporter des déchets doivent être mieux garanties, car cette solution présente souvent des avantages non négligeables au titre même de la protection de l'environnement.

Ma proposition vise ainsi à maintenir le principe général de l'élimination des déchets en Suisse, mais permet la conclusion d'accords régionaux transfrontaliers. Elle tient de la sorte mieux compte de la réalité et de la situation qui règne actuellement. Il existe en effet dans les cantons frontaliers une fructueuse collaboration interrégionale en matière de protection de l'environnement. Il convient de la favoriser et d'autoriser des accords permettant l'importation ou l'exportation de déchets, dans le respect de la Convention de Bâle du 22 mars 1989 sur le contrôle des mouvements transfrontières de déchets dangereux et de leur élimination.

Pour évoquer un exemple que je connais, le canton de Genève, cette collaboration transfrontalière permet le traitement ou la valorisation de déchets genevois à proximité de Genève, sur territoire français, selon des normes européennes qui sont similaires, voire plus contraignantes que les normes suisses applicables en matière de protection de l'environnement.

De plus, il est important de relever que le traitement des déchets à proximité de Genève présente un bilan écologique plus favorable que si ceux-ci devaient être traités en Suisse. En effet, l'avantage même de la proximité permet de réduire considérablement les transports routiers nécessaires à l'acheminement des résidus, et ainsi de diminuer une source importante de nuisances pour le pays.

Je ne veux pas omettre de souligner aussi les avantages économiques évidents pour les entreprises locales, à qui des frais inutiles de transport sont ainsi épargnés.

L'exemple de Genève est parlant. Ce canton dispose d'un centre de traitement des déchets spéciaux qui fonctionne actuellement aux limites de ses capacités. Les entreprises genevoises acheminent donc leurs déchets prioritairement vers ce centre, mais en cas de mise hors service pour révision ou

entretien, ces entreprises dirigent leurs déchets en France voisine.

L'interdiction de principe d'exporter prévue dans le projet aurait pour conséquence de contraindre les entreprises genevoises à éliminer leurs résidus à Bâle ou à Dottikon, ce qui constitue une source de nuisances. Permettre la conclusion d'accords régionaux constitue donc une solution économiquement et écologiquement plus raisonnable que l'interdiction d'exporter proposée ici, et ceci pour tous les cantons situés près d'une frontière.

C'est pour cette raison que je vous prie d'accepter ma proposition.

Reimann Maximilian (V, AG): Vielleicht renne ich mit meinem Antrag offene Türen ein, aber zumindest haben wir dann in den Materialien eine verbindliche Erklärung. Lassen Sie mich zunächst meine Interessenbindung offenlegen: Ich bin Präsident des Schweizerischen Vereins für umweltgerechte Getränkeverpackungen. Dem Verein gehören, mit einer gewichtigen Ausnahme – ich betone das jetzt schon –, alle nennenswerten Produzenten, Grossverteiler und Importeure von Mineralwasser, Süssgetränken und Bier an.

Im Rahmen der Getränkeverpackungsverordnung betreiben wir auf Basis einer privaten Branchenvereinbarung das Recycling aller unbefandeten Flaschen aus Glas und Pet sowie Aludosen. Dabei arbeiten wir eng mit den zuständigen Stellen im Buwal zusammen.

Finanziert wird dieses Entsorgungssystem, das flächendeckend im ganzen Lande angewandt wird und dessen gelbe und blaue Sammelcontainer wohl jedem Konsumenten bekannt sind, mit dem Instrument, das nun in Artikel 32a gesetzlich verankert werden soll: mit einer vorgezogenen Entsorgungsgebühr von durchschnittlich 5 Rappen pro Verpackungseinheit.

Ein Grossverteiler schert nun aus, ich habe es bereits angedeutet. Den Namen kann ich nennen, weil dessen verpönte Trittbrettfahrerei zu Lasten der Konkurrenz wie auch zu Lasten der Umwelt schon wiederholt öffentlich gebrandmarkt worden ist: Es handelt sich um das Unternehmen Denner.

Denner importiert viele Getränke direkt, sei es Mineralwasser oder Bier. Auf diesen Importgetränken verweigert dieses Unternehmen die Entrichtung des vorgezogenen Entsorgungsbeitrages. Dafür kann Denner in grossformatigen Inseraten behaupten, er sei immer billiger!

Ich begrüsse es ausserordentlich, dass mit dieser Gesetzesrevision diesem unsolidarischen Verhalten ein Riegel vorgehoben werden kann, und zwar mit dem Mittel der behördlichen Allgemeinverbindlicherklärung, wie es im neuen Artikel 38bis vorgesehen ist. Diese Allgemeinverbindlicherklärung sollte aber nur subsidiär, sozusagen als Ultima ratio, vorgenommen werden; dann also, wenn die Branchenvereinbarungen das anvisierte Ziel verfehlt haben, weil sich schwarze Schafe nicht daran halten, diese also unterlaufen und daraus Profit schlagen, indem sie gegenüber der Konkurrenz die Marge verbessern können. Das ist der Kern meines Antrages zu Artikel 32a Absatz 1. Der Bund soll subsidiär verbindlich auf die Wirtschaftsteilnehmer einwirken können; dann nämlich, wenn diese, beispielsweise wegen des erwähnten unsolidarischen Trittbrettfahrertums, die gesetzlich vorgegebenen Ziele oder Fristen nicht einzuhalten vermögen.

Sollten Kommission und Bundesrat der Meinung sein und dies hier auch zu Protokoll geben, dass bereits der jetzige Text meinem Anliegen umfassend Rechnung trägt, dann wäre mein Antrag wohl als überflüssig zu betrachten. Aufgrund der Materialien wäre diese Angelegenheit dann geklärt.

Singeisen Verena (G, BE): Ich spreche für die grüne Fraktion zu den Themen Abfall und Boden. Um mich selber wieder daran zu erinnern, was diese Themen eigentlich umfassen, habe ich mir, unabhängig von all den Anträgen, ein paar Fakten zusammengestellt. Ich denke, wir müssen uns bei diesen Detailberatungen immer wieder vor Augen halten, worum es eigentlich geht: Seit 1950 hat sich die überbaute

Fläche der Schweiz mehr als verdoppelt, d. h., wir haben in vierzig Jahren ebensoviel Boden überbaut wie alle Generationen vor uns zusammen; und auf dem überbauten Boden wächst die Infrastruktur, d. h., die Menge der Gebäude und deren Ausrüstung und Einrichtungen nehmen zu. Wir sind die sogenannte Überflussgesellschaft. Einer Menge von nur 5 bis 10 Tonnen fester Güter pro Einwohner und Jahr stehen etwa 1 bis 3 Tonnen in der Entsorgung gegenüber. Zudem tickt im Müll von gestern noch eine Zeitbombe ungeahnten Ausmasses. Oft weiss niemand mehr, wo solche Altlasten überhaupt liegen, geschweige denn, was dort alles an Gefahren lauert. Der Übergang der verschiedenen Giftstoffe von den Böden zu den Pflanzen, zu Grund- und Trinkwasser, zu den Tieren und den Menschen ist zu befürchten, besonders wenn der Zahn der Zeit an den Materialien und Fässern nagt, in denen die Giftstoffe lagern. Solche Altlasten befinden sich in der Regel nicht in der obersten Bodenschicht, sondern breiten sich viele Meter tief im Untergrund und im Grundwasser aus. 40 000 Verdachtflächen werden in der Schweiz vermutet. Die Fläche an unverbautem Boden schwindet, und dennoch: Die Erträge in der Landwirtschaft haben sich seit 1950 verdoppelt, die Zahl der Traktoren wurde vervierfacht und die Menge des zugekauften Stickstoffdüngers hat sich versechsfacht! Noch ein wichtiger Punkt: Zwischen 1985 und 1991 wurden über 7000 Druckseiten zum Bodenschutz geschrieben, und seither hat sich diese Zahl vermutlich noch verdoppelt.

Dies alles wirkt sich auf den Boden aus. Dennoch fehlt im vorliegenden Text eine echt rechtskräftige Definition des Bodens. Überbauter Boden gilt nicht mehr als Boden – und dies, obwohl das Nationale Forschungsprogramm 22, Nutzung des Bodens in der Schweiz, feststellt, dass 20 bis 30 Prozent der geteerten Strassen in den Gemeinden unnötig sind und entsiegelt werden könnten. Die Erfahrung der letzten Jahrzehnte hat auch gezeigt, dass die raumplanerische Zuteilung des Bodens zu einer bestimmten Nutzung nie endgültig ist.

Wir unterstützen daher die interdisziplinäre Bodendefinition, wie sie von Marguerite Misteli vorgeschlagen wird. Diese Definition schlägt den Bogen zum Gewässerschutzgesetz, zum Raumplanungsgesetz und zu anderen Gesetzen. Überhaupt fehlt uns im ganzen Gesetz ein wenig die Ganzheitlichkeit. Wir Grünen sind uns trotz allem gewohnt, nicht nur schwarzzusehen. Die beiden Kapitel «Abfälle» und «Bodenschutz» haben ein paar erfreuliche Neuerungen erfahren. So begrüsst die grüne Fraktion vor allem alle Anträge, die darauf abzielen, Schäden, bevor sie zu solchen werden, zu vermeiden und auch das Produzieren von Problemfällen zu verbieten. Im neu verfassten Kapitel «Abfälle» werden die Prioritäten richtig gesetzt: vermeiden, dann wenn möglich verwerten und erst dann entsorgen – und zwar umweltgerecht. Auch die Kompetenz dafür, wie diese Prioritätenordnung durchgesetzt werden kann, ist geregelt. Eine zeitgemässe Erneuerung im Gesetz ist auch der Abschnitt über die Sanierung der Altlasten.

Alle Anträge, die darauf zielen, die Erneuerungen abzuschwächen, sind kurzfristig und unwirtschaftlich. Wir bitten Sie, diese abzulehnen.

Begrüssung – Bienvenue

Le président: Permettez-moi d'interrompre nos travaux pour saluer très cordialement à la tribune diplomatique la présence de M. Jiri Vlach, vice-président de la Chambre des députés de la République tchèque. C'est l'occasion, Monsieur le Vice-Président, d'exprimer au peuple tchèque nos sentiments d'admiration pour la manière dont il a accompli sa révolution de velours et dont il a rapidement accompli aussi sa marche vers la démocratie.

Bienvenue, Monsieur le Vice-Président. (*Applaudissements*)

Hegetschweiler Rolf (R, ZH): Die grundsätzliche Neuregelung des Abfallbereichs wird von der FDP-Fraktion unterstützt. Sie unterstützt auch den dauerhaften Schutz des Bodens und die dazu notwendigen Massnahmen. Eine moderne Abfallbewirtschaftung soll effizient und umweltverträglich sein und die Verminderung von Abfällen an der Quelle zum Ziel haben. Das Subsidiaritätsprinzip, das auf jener Stufe regelt, wo auch die Durchführung am besten überwacht werden kann, soll begleitend sein. In diesem Sinne soll der Bund nur dort Vorschriften erlassen, wo die Kantone und Gemeinden dazu nicht in der Lage sind. Soweit das möglich ist, sollen die Privatwirtschaft und die Industrie die Ziele der Entsorgung und Abfallverwertung selbständig erreichen, allenfalls mit Unterstützung der Behörden.

Grundsätzlich unterstützt die FDP-Fraktion die Anträge der Mehrheit. Allerdings kann sie auch zu einigen Minderheitsanträgen ja sagen, auf die ich noch zu sprechen kommen werde. Die Kommission unseres Rates hat gegenüber dem Entwurf des Bundesrates und gegenüber dem Beschluss des Ständerates wesentliche Änderungen beschlossen, die wir als positiv bewerten und für die wir um Unterstützung bitten. Zu den einzelnen Artikeln:

Zu Artikel 30 Absatz 4 besteht ein Antrag der Minderheit Thür. Die Verfügung eines Ausfuhrverbots, wenn der Abgeber nicht nachweisen kann, dass der Produzent des Sonderabfalls alles Zumutbare für die Vermeidung des Mülls unternommen hat, geht uns zu weit und ist vor allem auch administrativ nicht vollziehbar. Wir empfehlen Ihnen daher die Ablehnung dieses Antrages der Minderheit. Den Antrag Gros Jean-Michel betreffend grenzüberschreitende Vereinbarungen können wir unterstützen.

Zu Artikel 30a Absatz 2 Buchstabe a bzw. Buchstabe b besteht ein Antrag der Minderheit Scherrer Jürg bzw. ein Antrag der Minderheit Miesch: Der Antrag der Minderheit Scherrer Jürg geht uns zu weit, da es sich hier nur um das Verbot von Produkten handelt, die für eine einmalige und kurzfristige Verwendung bestimmt sind. Die Verhältnismässigkeit kann also durchaus gewahrt werden. Demgegenüber ist der Antrag der Minderheit Miesch, der die Streichung von Buchstabe b vorsieht, zu unterstützen. Das generelle Verbot geht entschieden zu weit. Auch sind die Begriffe zu schwammig, wenn von Stoffen die Rede ist, die «die Entsorgung erheblich erschweren» oder «die Umwelt gefährden» können. Das sind Begriffe, die zu unbestimmt sind und nicht ins Gesetz gehören.

Das Gleiche gilt auch bei Artikel 30d Buchstabe a in bezug auf Formulierungen wie «wirtschaftlich tragbar» oder «langfristig erheblich weniger belasten» (gemeint ist die Umwelt). Mit solchen Begriffen kann man nicht viel anfangen.

Zu Artikel 31a Absatz 1: Der Antrag der Minderheit Scherrer Jürg ist abzulehnen. Der bereinigte Mehrheitsantrag ist vorzuziehen. Am ehesten befriedigen könnte der Antrag der Minderheit Scherrer Jürg zu Artikel 31b Absatz 2, wonach die Kantone die Standorte für die Abfallanlagen bestimmen sollen. Dem können wir zustimmen.

Zu Artikel 31c Absatz 2 Buchstabe c: Die Mehrheit der Kommission will die Entsorgung der Abfälle ausnahmslos den Privaten überlassen, während die Minderheit Bundi auch Trägerschaften durch den Kanton zulassen möchte. Wir bitten Sie, den Antrag der Minderheit Bundi zu Artikel 31c Absatz 2 Buchstabe c abzulehnen.

Herr Reimann Maximilian hat vorhin zu seinem Antrag zu Artikel 32a Absatz 1 bezüglich vorgezogene Entsorgungsgebühren gesprochen. Ich könnte dem zustimmen, wenn man präzisiert, dass solche Entsorgungsgebühren nur von Staates wegen verfügt werden, sofern Branchenvereinbarungen nicht zum Ziel geführt haben. Der Vorrang soll hier eindeutig bei Branchenvereinbarungen liegen.

Der Antrag der Minderheit Epiney zu Artikel 32c Absatz 1 ist zu unterstützen, da diesbezüglich keine sehr weitreichende Kompetenz des Bundesrates notwendig ist.

Zum Bodenschutz: Die detaillierte Definition des Begriffs «Boden», wie sie die Minderheit Misteli in Artikel 7 Absatz 4bis beantragt, ist zu «grün-idealistisch» gefärbt und gehört so nicht ins Gesetz.

Zum Schluss zu den Anträgen der Minderheit Dettling, die wir sehr unterstützen: Wir sind der Meinung, dass die Kantone die Verhältnisse besser kennen als der Bund und in dieser Hinsicht Vorschriften erlassen sollen. Für Gebiete ausserhalb der baulichen Nutzung sind Verschärfungen der Massnahmen vorzusehen, auf keinen Fall aber innerhalb von Bauzonen, wo eine solche Bestimmung erschwerend und komplizierend wirken würde.

Ich bitte Sie, die beiden Anträge der Minderheit Dettling zu unterstützen und im übrigen den Empfehlungen der FDP-Fraktion zu folgen.

Eggy Jacques-Simon (L, GE): Le groupe libéral appuie naturellement, à l'article 30, la proposition Gros Jean-Michel. En ce qui concerne la section 2 du chapitre 4 sur les déchets, le groupe libéral vous propose de suivre les propositions de biffer de la minorité.

Cette section va exactement à l'inverse de ce que les libéraux appellent de leurs vœux, soit, d'une part, un allègement des prescriptions d'une manière générale et, d'autre part, une régénération du fédéralisme. Si une obligation générale d'éliminer les déchets se conçoit et même s'impose, la planification quant à la gestion et à l'élimination de ces déchets doit être laissée aux cantons en pleine compétence. De même, la manière dont ils assument les tâches, la manière dont ils coordonnent l'activité dans ce domaine de leurs communes les regardent. Eux aussi, d'ailleurs, devraient éviter la surcharge des prescriptions tatillonnes, mais c'est leur affaire.

Notons-le, d'ores et déjà et de plus en plus, on voit les entreprises privées s'intéresser à cette activité de gestion et d'élimination des déchets. Mais précisément les cantons qui vivent cela, qui sont près des entreprises, sont assez grands pour mener à bien cette tâche. Ils sont assez grands pour se coordonner entre eux. Ils sont assez grands pour collaborer. Nous osons même dire qu'à cet égard ils ont parfois montré plus d'imagination et d'esprit d'entreprise que la Confédération, qui serait bien inspirée de ne pas leur faire la leçon.

Nous croyons au fédéralisme horizontal entre les cantons. Nous croyons au fédéralisme d'attribution des tâches entre la Confédération et les cantons: ou on donne une tâche aux cantons ou on ne la leur donne pas. Nous voulons limiter à l'indispensable ce fédéralisme d'exécution où, finalement, les administrations cantonales ne sont plus que les agents exécuteurs de la bureaucratie fédérale, par-dessus les autorités politiques cantonales, qui sont, en somme, laissées de côté et qui n'ont même plus de responsabilités. Ces ordres donnés par l'administration fédérale directement aux fonctionnaires cantonaux, ça n'est pas une bonne chose. C'est un mauvais chemin politique. C'est exactement le contraire de ce qu'il faudrait instiller à l'occasion du 150^e anniversaire de la Constitution fédérale et de l'Etat moderne, fût-ce par une révision totale de la constitution ou bien autrement, au fil des sujets.

Nous appuyons donc les propositions de biffer de la minorité. Afin de ne pas reprendre la parole, je vous le dis d'ores et déjà, pour les mêmes raisons, dans le même esprit, avec la même protestation et la même proposition de régénérer le fédéralisme, à la section 4, article 32c, le groupe libéral appuiera la proposition de la minorité Epiney.

De grâce, la protection de l'environnement est évidemment quelque chose de très important, mais précisément parce que c'est très important, dans ces domaines comme dans les autres, laissez vivre et agir les cantons si vous voulez que notre Confédération vive encore au moins 150 ans.

Meyer Theo (S, BL): Es ist nicht möglich, in fünf Minuten zu einer Reihe von über zehn Anträgen Stellung zu nehmen, deshalb muss ich mich beschränken.

Zu Artikel 30: Wir unterstützen hier die Minderheit Thür. Der Ständerat sagt einfach, im Normalfall werde im Inland entsorgt, aber es gibt eine ganze Menge Ausnahmen. Wenn es z. B. in Frankreich billiger ist oder wenn irgendwo etwas in eine Grube gekippt werden kann, z. B. die Refondaschlacke in Portugal oder andere Abfälle in Slowenien, dann

darf es gemacht werden. Wenn dann die Leute an Ort erwachen und protestieren, zahlt der Staat. Das geht natürlich nicht. Es geht nicht an, dass wir finanzielle Notlagen anderer Länder, z. B. von Drittweltländern, ausnützen und ihnen unseren Dreck unterjubeln. Ich glaube deshalb, der Antrag der Minderheit Thür ist berechtigt. Eigentlich soll ja nur das Verursacherprinzip angewendet werden. Der beste Sondermüll ist derjenige, der gar nicht anfällt. Das darf durchaus etwas kosten und kann trotzdem billiger sein als die Entsorgung von Sondermüll. Wenn es sich ein Unternehmer zu einfach macht, was meiner Meinung nach nicht der Normalfall ist, wenn er nach der Devise «Aus den Augen, aus dem Sinn» handelt und die Fracht irgendwo versorgt – nicht entsorgt, sondern versorgt! –, so dass Situationen entstehen wie in Schönefeld oder Bitterfeld in der ehemaligen DDR, so muss man das verhindern können. Man verbietet eine Ausfuhr nur dann, wenn der Abgeber nicht nachweisen kann, dass der Produzent des Sonderabfalls alles Zumutbare für die Vermeidung des Mülls unternommen hat. Der Antrag Gros Jean-Michel fällt meiner Meinung nach nicht unter diese Bestimmung und kann durchaus angenommen werden.

Zu Artikel 30a Absatz 2 Literae a und b: Ich habe ehrlich Mühe mit den Anträgen der Minderheiten Scherrer Jürg und Miesch. Diese wollen, dass jeder Produkte herstellen kann, von welchen er weiss, dass deren Entsorgung schwierig ist oder die Umwelt belastet. Ein Beispiel: In den fünfziger und sechziger Jahren wurde auf dem Bau Asbest in jeder Art verwendet, als Dachabdeckung, in Bodenbelägen, sogar bei Schallschluckdecken in Schulhäusern. Jahrzehnte nachher merkte man, dass eingedrungene Asbestfasern Lungenkrebs auslösen. Nun wird dieser Asbest mit Schutzmasken und einem irren Entsorgungsaufwand, der den Faktor 10 übersteigt, wieder heruntergenommen. Herr Miesch, wenn man das 1950 gewusst hätte, was hätte man der Privatwirtschaft alles erspart? Man kann da nicht einmal sagen: «Herr, vergib Ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun!». Hier aber will die Minderheit Miesch, dass eine Produktion erlaubt wird, obwohl man weiss, dass die Entsorgung die Umwelt gefährden kann. Das ist unverantwortlich. Da könnte man mit Kurt Marti sagen: «Herr, vergib Ihnen nicht, denn sie wissen genau, was sie tun.» Nicht alles, was machbar ist, ist auch sinnvoll, und es ist nur noch Geldgier und eine masslose Überschätzung, wenn jemand ein Produkt in Verkehr bringt, von dem er weiss, dass seine Entsorgung erhebliche Probleme bieten wird (Bst. a).

Dasselbe gilt in erhöhtem Masse auch für den Streichungsantrag in Buchstabe b. Ich bitte Sie, beide Streichungsanträge abzulehnen, ebenfalls den Streichungsantrag zu Artikel 30d.

Zu Artikel 31, Koordination bei der Abfallentsorgung: Die Art und Weise, wie das Buwal in der Sache Kehrichtverbrennungsanlagen in den letzten Jahren agierte, war nicht eben glücklich. Da stellte man zuerst einen grossen Mangel fest, plante überall solche Anlagen, dann stellte man wegen der Sackgebühren grosse Mengeneinsparungen fest. Bei verschiedenen Volksabstimmungen gingen verschiedene Projekte bachab, und trotzdem balgen sich heute, nach der Einführung der Sackgebühr, einige Kehrichtverbrennungsanlagen um mehr Kehricht. Man hat fast den Eindruck, der Witz, wonach Planung den Ersatz des Zufalls durch den Irrtum bedeute, sei hier praktiziert worden. Nun spricht diese schlechte Planung nicht dafür, keine Planung zu machen. Da bei solchen Anlagen grosse Geldsummen im Spiel sind und Fehlplanungen dementsprechend teuer sind, muss der Bund die Koordination übernehmen. Alles andere wäre Vogel-Strauss-Politik. Es ist nur zu hoffen, dass heute, nachdem man weiss, wie der Abfall über Sackgebühren zu steuern ist, vom Buwal zuverlässigere Prognosen gemacht werden können, als dies in der Vergangenheit der Fall war.

Zu Artikel 33, zum Antrag der Minderheit Dettling, der die Kompetenz bei den Kantonen anstatt beim Bund ansiedeln will: Wenn Sie dem Antrag der Minderheit Dettling zustimmen, wird nicht zu vermeiden sein, dass jeder Kanton seine eigenen Belastungsgrenzen festlegt. Das würde dann Sinn

machen, wenn sich aus regionalen, konfessionellen oder anderen Gründen die gleiche Belastung unterschiedlich werten liesse, sich unterschiedlich auswirken würde; wenn also Spritzmittel, Nitrate oder Schwermetalle in der einen Region schädlicher wären als in einer anderen. Da es aber höchstens am Grad des Bewusstseins liegen kann, ob eine gesundheitliche Gefahr als solche wahrgenommen wird, scheint hier eine Kantonalisierung falsch. Zudem braucht es, um Bodenbelastungen feststellen und das Gefahrenpotential richtig einschätzen zu können, viel Fachwissen. Wollen wir vierundzwanzigmal einen entsprechenden Stab aufbauen und das Rad in jedem Kanton nochmals neu erfinden, oder schaffen wir eine Stelle, welche kompetent ist, unabhängig von örtlichen «pressure-groups»? Ich meine, Deregulierung heisse in diesem Fall nicht Kantonalisierung, sondern Zentralisierung.

Ich bitte Sie, in diesem Fall dem Antrag der Mehrheit zuzustimmen.

Wyss William (V, BE): Ich spreche im Namen der SVP-Fraktion zu den verschiedenen Anträgen; zuerst zum Antrag der Minderheit Thür zu Artikel 30 Absatz 4:

Ich komme nicht darum herum, Ihnen den Text vorzulesen und Sie dann um Ihre Meinung zu bitten, ob ein solcher Gesetzesartikel auch vollzogen werden kann. Es wird festgehalten: «Ein Ausfuhrverbot ist dann zu verfügen, wenn der Abgeber nicht nachweisen kann, dass der Produzent des Sonderabfalls alles Zumutbare für die Vermeidung des Mülls unternommen hat.» Das ist einmal mehr ein Text, der recht gummiartig formuliert ist. Was versteht man unter «zumutbar»? Das ist ausserordentlich schwierig zu definieren. Ich bitte Sie, diesen Minderheitsantrag Thür bei Artikel 30 Absatz 4 abzulehnen.

Zu den Anträgen der Minderheit Scherrer Jürg bzw. Miesch, bei denen es um die Vermeidung von Abfällen geht: Bei Artikel 30a stimmt eine Mehrheit der SVP-Fraktion der Minderheit Scherrer Jürg zu, und dem Antrag der Minderheit Miesch zu Artikel 30a Absatz 2 Buchstabe b stimmen wir geschlossen zu.

Bei Artikel 30d handelt es sich um die Frage der Verwertung von Abfällen. Die Mehrheit unserer Fraktion stimmt dem Minderheitsantrag Scherrer Jürg zu.

Artikel 31, Abfallplanung: Wir lehnen den Minderheitsantrag Scherrer Jürg ab.

Bei Artikel 31a ist die Rede von der Zusammenarbeit der Kantone, und da möchte ich einige Worte an Herrn Meyer Theo richten, der vor mir gesprochen hat. Er wies auf die Zusammenarbeit unter den Kantonen hin; man müsse zentralisieren und nicht den Föderalismus hochhalten. Als Bewohner einer Region, die unmittelbar an andere Kantone grenzt, kann ich aus der Vergangenheit berichten und festhalten, dass im grenznahen Bereich die Kantone in diesen Fragen schon heute sehr eng zusammenarbeiten, ohne dass wir das explizit vom Bund her legiferieren müssen; der Oberaargau zum Beispiel ist gewohnt, mit den Kantonen Solothurn, Aargau und Luzern zusammenzuarbeiten. Gerade auf dem Gebiet der Entsorgung von Abfällen haben wir bereits in der Vergangenheit bewiesen, dass eine gute Zusammenarbeit herrscht, ohne dass man das explizit erwähnt. Die Kompetenz gehört nach wie vor in die Hände der Kantone. Wir stimmen hier dem Minderheitsantrag Scherrer Jürg zu.

Bei der Frage der Entsorgung der Siedlungsabfälle in Artikel 31b Absatz 2 unterstützen wir den Minderheitsantrag Scherrer Jürg, und bei Artikel 31c Absatz 2 Buchstabe c stimmen wir der Mehrheit der Kommission zu.

Bei Artikel 32c, Pflicht zur Sanierung, stimmen wir in Absatz 1 dem Antrag der Minderheit Epiney zu, bei den Artikeln 33 und 34 den Anträgen der Minderheit Dettling. Wo es sich um die Massnahmen gegen die Bodenbelastung handelt, stimmen wir der Minderheit Dettling zu.

Soweit meine Ausführungen aus der Sicht der SVP-Fraktion.

Baumberger Peter (C, ZH), Berichterstatter: Ich werde mich der Reihe nach mit den gestellten Minderheits- und Einzelanträgen befassen und Ihnen dazu – soweit diese in der Kom-

mission behandelt wurden – die Meinung der Kommission darlegen.

Die beiden Anträge Gros Jean-Michel und Reimann Maximilian wurden in der Kommission nicht behandelt. Wir haben sie aber hier eben besprochen, und somit werde ich Ihnen mindestens unsere Empfehlung als Berichterstatter abgeben können.

Zunächst zur Definition des Bodens in Artikel 7 Absatz 4: Die Minderheit Misteli ist der Auffassung, die Definition sei zu eng, und sie verweist auf die vom Europarat empfohlene Definition. Wenn Sie aber in einem Gesetz Definitionen vornehmen, so müssen Sie sich immer fragen, welchem Zweck eine Definition dienen soll, wenn Sie vernünftig legiferieren wollen. Es geht nicht darum, den Boden gewissermassen als idealen Boden zu umschreiben, sondern wir müssen uns fragen: Was wollen wir mit dieser Definition zusammen mit den Bestimmungen über den Bodenschutz erreichen?

Kurz zusammengefasst geht es darum, dass wir die Erhaltung der Bodenfruchtbarkeit erreichen wollen, und zwar immer – ich verweise dazu auf die Artikel zum Bodenschutz – ausserhalb der baulichen Nutzung. Damit geht es um den obersten Teil der Erdkruste, wie er in der Praxis der gängigen Definition im Rahmen des Umweltschutzgesetzes entspricht. Wenn Sie dem Antrag der Minderheit Misteli folgen, so wären die Konsequenzen unabsehbar. Die Sprecherin der grünen Fraktion hat dies ausdrücklich gesagt: Es gäbe diesen Bodenschutz auch unter bereits erstellten Strassen und dergleichen mehr. Das kann ja nicht der Sinn der Sache sein. Ich bitte Sie deswegen, den Antrag der Minderheit Misteli abzulehnen und bei der Bodendefinition der Mehrheit zu folgen.

Ich komme zu Artikel 30 Absatz 4: Hier fordert die Minderheit Thür ein Abfallausfuhrverbot für den Fall, dass der Nachweis, dass alles Zumutbare für die Vermeidung des Mülls unterommen wurde, nicht erbracht werden kann. Nach der Meinung der Mehrheit der Kommission ist das kein Beitrag zur Lösung eines konkreten Problems. In jenem Zeitpunkt, wo der Antrag der Minderheit Thür greifen würde, sind die Abfälle bereits da. Das Verbot wäre gewissermassen eine Strafmassnahme, aber es wäre kein Lösungsbeitrag, zumal die Entsorgung oder Verwertung auch im Ausland in der Tat nicht generell ausgeschlossen ist. Die Entsorgung in der Schweiz ist zwar ein wichtiges Prinzip, aber eine andere Verwertung kann ökologisch durchaus besser sein. Lehnen Sie daher diesen Antrag der Minderheit Thür ab.

Bevor ich zum Antrag Gros Jean-Michel komme, muss ich bei Artikel 30 zwei Dinge zu den Grundsätzen sagen. Wir haben das Prinzip etwas schärfer formuliert als der Ständerat, nämlich dass Abfälle «in der Regel» im Inland entsorgt werden müssen. Es wurde bereits auf die internationalen Konventionen verwiesen. Wenn wir sagen «in der Regel», so sagen wir gleichzeitig, dass es Ausnahmen gibt. Es gibt auch hier eine ökologische Optimierung. Es gibt Fälle, wo die Entsorgung im Ausland ökologisch besser oder jedenfalls mindestens gleichwertig und allenfalls auch wirtschaftlich günstiger erfolgen kann. Wenn man dieses Prinzip berücksichtigt, so können wir Ihnen als Berichterstatter sagen, dass uns der Antrag Gros Jean-Michel grundsätzlich vernünftig scheint. Er geht auf die besondere Situation in den Grenzgebieten – nicht nur in Genf, aber auch in Genf – ein. Es scheint richtig, dass man bestehende Abmachungen respektiert. Das ist eine der Ausnahmen, wo es nicht nur wirtschaftlich, sondern auch ökologisch sinnvoller sein kann, wenn man Abfälle allenfalls im Ausland entsorgt. Aus der Sicht der Berichterstatter – ich kann nicht für die Kommission sprechen – wäre gegen den Antrag Gros Jean-Michel nichts einzuwenden, zumal er auf bereits abgeschlossene Verträge hinweist.

Ich benütze die Gelegenheit, noch etwas zu Artikel 30 Absatz 3 und zu Artikel 30c zu sagen. Es wurden in den vergangenen Tagen von Gebirgskantonen und -gemeinden mehrfach Befürchtungen an mich herangetragen. Man hat mich gefragt, was Artikel 30c beinhalte. In Artikel 30c ist vorgeschrieben, dass Abfälle für die Ablagerung so behandelt werden müssen, dass sie möglichst wenig organisch gebundenen Kohlenstoff enthalten, das heisst, sie müssen verbrannt werden.

Ich habe jedoch immer wieder gesagt, dass das in Zusammenhang mit dem Grundsatz von Artikel 30 Absatz 3 gelesen werden müsse. Jene Grundsätze gelten auch für Artikel 30c. Es heisst in Artikel 30 Absatz 3, dass Abfälle für die Ablagerung nur nötigenfalls entsprechend behandelt werden müssen. Es gilt auch hier immer das Verhältnismässigkeitsprinzip, und es kann nicht die Meinung sein, dass flächendeckend immer alles verbrannt werden muss, auch wenn das die Regel ist.

In Artikel 30a geht es um die Vermeidung von Abfällen. Die Kommission hat sich sehr für das Subsidiaritätsprinzip stark gemacht. Sie können das den einzelnen Bestimmungen entnehmen. Aber es gibt natürlich in der ganzen Schweiz identische Probleme. Man kann bei solchen Problemen den Föderalismus auch überstrapazieren. Ein klassisches Beispiel, um dieses Anliegen der Mehrheit zu illustrieren – ich teile auch persönlich die Auffassung der Mehrheit –, sind beispielsweise die Bodenbelastungen oder die Altlastensanierungen.

Bei Artikel 30a wollen die Minderheiten Scherrer Jürg bzw. Miesch die Buchstaben a bzw. b streichen. Ich gebe zu: Beide Anträge berühren ein sehr delikates Gebiet. Buchstabe a bringt die Möglichkeit des Verbotes des Inverkehrbringens, und bei Buchstabe b geht es noch etwas weiter, nämlich um das Eingreifen in den Produktionsprozess. Lesen Sie jedoch den heutigen Gesetzestext, Artikel 32 Absatz 4 Buchstaben e und f! Wenn Sie den heutigen Gesetzestext lesen, sehen Sie, dass die heute gültigen Vorschriften weiter gehen als das, was Ihnen die Kommission vorschlägt. Die Kommission hat in Erkenntnis der Rechts- und Sachlage in dieser heiklen Situation das Verhältnismässigkeitsprinzip verstärkt durchgesetzt. Die Mehrheit der Kommission ist der Meinung, es sei nicht denkbar, vollständig auf eine solche Kompetenznorm zu verzichten, wenn Abfall an der Quelle vermieden werden soll. Ich bin aber der Meinung, dass das selbstverständlich immer nur die Ultima ratio sein kann. Deswegen haben wir in diesen Punkten das neue Recht im Vergleich zum bisherigen Recht zurückhaltender definiert.

Zu Artikel 30d, Verwertung: Bei der Verwertung will der Antrag der Minderheit Scherrer Jürg Buchstabe a streichen. Es handelt sich um die Rechtsgrundlage für das Recycling. Ich bin der Meinung, das sei nicht richtig. Wir brauchen eine Rechtsgrundlage für das Recycling. Ich verweise auf das, was ich im Zusammenhang mit Artikel 38bis schon früher erklärt habe: Recyceln sollen grundsätzlich die Privaten selbst. Nur wenn das nicht möglich ist, soll allenfalls staatliches Recht zur Anwendung kommen. Ich werde beim Antrag Reimann Maximilian darauf zurückkommen. Die Mehrheit der Kommission hat den Entwurf des Bundesrates im Sinne der Verhältnismässigkeit verbessert. Der Bundesrat hat vorgeschlagen: Verwertungsvorschrift, also Recycling, wenn dies «die Umwelt weniger belastet». Die Mehrheit Ihrer Kommission schlägt vor zu sagen: «langfristig erheblich weniger belastet». Auch hier wird das Verhältnismässigkeitsprinzip klar durchgesetzt. Deshalb empfehle ich Ihnen, der Mehrheit zu folgen.

Zu Artikel 31, Abfallplanung: Hier haben wir einen Antrag der Minderheit Scherrer Jürg auf Streichung. Die Mehrheit Ihrer Kommission ist der Meinung, dass in diesem Bereich für eine wirtschaftliche und umweltfreundliche Entsorgung Planung notwendig ist. Die Kantone nehmen diese Planung vor, der Bund hat zu koordinieren. Ich glaube, dies entspricht dem üblichen Vorgehen. Dies ist keineswegs unnötig; ich verweise Sie auf die bestehenden Überkapazitäten auf allen Sektoren dieses Gebietes. Wenn Sie daran denken, wie da schweizweit Abfälle «herumgekartt» werden, dann sind solche Überkapazitäten wirklich unökologisch; das ist wahrscheinlich ein echtes Problem.

Artikel 31a behandelt die Zusammenarbeit. Dazu liegt wiederum ein Antrag der Minderheit Scherrer Jürg vor. Herr Scherrer hat namens der Minderheit gefragt, wie denn Lösungen gefunden werden sollen, wenn die Kantone sich nicht einigen können. Wenn man eine Planung befürwortet, dann muss – wie es hier nachzulesen ist – bei Nichteinigung

der Kantone der Bund entscheiden. Ich glaube, das ist konsequent. Die Minderheit Scherrer schlägt statt dessen eine entsprechende Formulierung bei Artikel 31b vor.

Der Entscheid des Rates läuft somit darauf hinaus: Wenn Sie die Abfallplanung – wenn auch nach dem Subsidiaritätsprinzip – befürworten, sollten Sie der Mehrheit folgen und die Minderheitsanträge Scherrer Jürg ablehnen. Der Antrag der Minderheit läuft darauf hinaus, bei Artikel 31b teilweise zu ersetzen, was zuvor gestrichen wurde.

Zu Artikel 31c Absatz 2 Litera c, Antrag der Minderheit Bundi: Es geht dabei um die Entsorgung der übrigen Abfälle und um die Frage, ob sich die Kantone an den Trägerschaften für solche Abfallanlagen beteiligen sollen. Die Mehrheit der Kommission schlägt Ihnen die Streichung der Litera c vor, was eine derartige Beteiligung an sich nicht verhindert. Es können sich trotzdem gemischtwirtschaftliche Trägerschaften bilden. Die Mehrheit Ihrer Kommission ist aber der Meinung, dass es nicht notwendig ist, die Kantone gewissermassen in solche Trägerschaften hineinzudrängen. Wir wollen die Kantone nicht dazu veranlassen, sondern sind als Kommissionsmehrheit der Auffassung, dass es durchaus richtig ist und sich auch bewährt hat, dass sich primär die Wirtschaft um die Entsorgung von Bau-, Gewerbe- und Industrieabfällen kümmert und dass die Kantone wirklich nur subsidiär unterstützen sollen. Deswegen empfehle ich Ihnen namens der Mehrheit auch die Ablehnung des Minderheitsantrages Bundi.

Ich komme zum Antrag Reimann Maximilian betreffend Artikel 32 Absatz 1: Es geht um die vorgezogene Entsorgungsgebühr, also um das vorgezogene Pfand. Der Fall Denner wurde dargelegt. Die Angelegenheit ist richtig erkannt worden, und sie ist nach Meinung der Kommission auch wichtig. Herr Reimann sagte, dass es Artikel 38bis Absatz 3 ermöglichte, «schwarze Schafe» zu erfassen, indem Branchenvereinbarungen, die von «schwarzen Schafen» nicht anerkannt werden, ins Verordnungsrecht des Bundes übernommen werden können.

Herr Reimann sieht richtigerweise, dass dann das Problem an sich gelöst ist. Er stellt die Frage, ob dies wirklich nur subsidiär passiere. Da kann ich Ihnen eine klare Antwort geben: Es wird nur subsidiär eingegriffen, nämlich «soweit möglich und notwendig», wie es in Artikel 38bis formuliert wurde. Diese Formulierung lässt die Subsidiarität wirksam werden. Mit anderen Worten: Die beiden Anliegen der Branche, die Herr Reimann vertritt, sind erfüllt. Dritte können wirksam eingebunden werden, und die Einbindung erfolgt subsidiär.

Ich möchte Ihnen, Herr Reimann, auch im Namen des Berichterstatters französischer Sprache den Rückzug des Antrages empfehlen, da ich es andererseits auch nicht für zweckmässig halte, wenn wir jetzt bei jedem Artikel den Hinweis auf den Artikel 38bis einfügen würden. Dies wäre gesetzgebungstechnisch unzweckmässig.

Zu Artikel 32c Absatz 1: Pflicht zur Sanierung: Wir haben uns bezüglich dieses ganzen Kapitels lange mit den Kantonsvertretern unterhalten, und wir haben – das möchte ich betonen – die Stellung der Kantone gesamthaft gestärkt. Nun besteht aber eine Differenz zwischen dem Antrag der Kommissionsmehrheit und dem Antrag der Minderheit Epiney, die darin besteht, ob der Bundesrat über Massnahmen, Fristen und Verfahren Vorschriften erlassen können soll oder nicht. Die Minderheit Epiney ist der Meinung, der Bundesrat solle sich aus diesem Bereich zurückziehen. Es fragt sich, wieweit man den Föderalismus treiben will oder wieweit – gemäss Auffassung der Mehrheit Ihrer Kommission – die Probleme der Sanierung von Altlasten letztlich nach gesamtschweizerisch identischen Kriterien angegangen werden sollen.

Insbesondere sollte es jedoch nicht so geschehen, wie es der Kanton Zürich in seinem kantonalen Abfallgesetz vorgesehen hat, wo er ein Nullsummenspiel betreibt. Dort heisst es merkwürdigerweise, der Aufwand für solche Sanierungsmassnahmen dürfe im Ergebnis nicht grösser sein als die Vorteile, die man erziele. Sanierungen sind natürlich nur dann sinnvoll, wenn es per saldo wirklich Vorteile gibt.

Aufgrund solcher Erfahrungen wäre es, so glaube ich, nicht schlecht, wenn dem Bundesrat in dieser Angelegenheit die

Kompetenz gewährt würde. Die Kommissionsmehrheit empfiehlt Ihnen deshalb, den Antrag der Minderheit Epiney abzulehnen.

Ich gestatte mir noch eine Bemerkung zu Artikel 32c Absatz 2: Ihre Kommission hat dort bezüglich Altlastenkataster beigefügt, dass dieses Altlastenkataster öffentlich zu führen ist. Ich möchte Sie einfach darauf aufmerksam machen, dass damit keine Haftung der Altlastenkatasterführer, also der Kantone, verbunden ist, so wichtig das Instrument als Grundlage sowohl für die Umwelt als auch für den Geschäftsverkehr im Grundstückbereich auch ist.

Nun noch abschliessend zum Abschnitt Bodenschutz, Artikel 33 Absatz 2 und Artikel 34 Absatz 1: Zu beiden Artikeln liegen Anträge der Minderheit Dettling vor. Es ist unbestritten, dass gegen physikalische Bodenbelastungen, soweit sie übermässig gross sind, Massnahmen getroffen werden müssen. Da gehen die Auffassungen der Kommissionsmehrheit und der Minderheit Dettling in die gleiche Richtung. Es geht bei Artikel 33 Absatz 2 zunächst um die Frage der Zuständigkeit: Sollen Empfehlungen oder Vorschriften für derartige Massnahmen zentral erfolgen, oder soll dies jedem Kanton überlassen sein? Ich glaube, auch hier müssen Sie sich überlegen, ob es richtig ist oder nicht, wenn jeder Kanton eigene Grenzwerte bezüglich der physikalischen Bodenbelastung aufstellt. Die Mehrheit glaubt das nicht; sie schlägt Ihnen daher in diesen Fällen eine Bundesregelung vor. Dabei ist darauf hinzuweisen, dass bauliche Nutzung stets ausgeschlossen ist. Dazu soll der Bund nichts zu sagen haben. Zu Artikel 34 Absatz 1: Ich habe dem Votum von Kollege Dettling entnommen, dass Mehrheit und Minderheit der Kommission im Ergebnis dasselbe wollen. Soweit ich mich zurückerinnere, hat sich in der Kommission ein gewisses unterschiedliches Verständnis dieser Bestimmung entwickelt. So wie ich Herrn Dettling verstanden habe, will er in Artikel 34 Absatz 1 nur wiederholen, was an sich schon in Artikel 33 steht und was nach Ansicht der Mehrheit auch genügen würde: Dort, wo bauliche Nutzung bereits erfolgt, sollen diese Massnahmen nicht mehr greifen. Ich habe eingangs im Zusammenhang mit der Definition des Bodens auch darüber gesprochen. Wenn es aber der Minderheit – wie ich jetzt klar gehört habe – nicht darum geht, Parkanlagen, Schrebergärten usw. von diesem generellen Schutz auszunehmen, so würde ich persönlich sagen, dass man ebensogut dem Minderheitsantrag Dettling zustimmen kann. Er hat den Vorteil der Klarheit, auch wenn er vermutlich überflüssig ist, weil die Ergänzung gemäss Artikel 33 ohnehin gilt.

Damit habe ich die verschiedenen Anträge behandelt; ich empfehle Ihnen, mit den dargestellten Präzisierungen der Mehrheit der Kommission zu folgen.

Philippon Jean-Nicolas (R, FR), rapporteur: J'ai tout d'abord une précision d'ordre rédactionnel concernant l'article 7 alinéa 3. Dans la version française, la proposition de la commission ajoute à cet alinéa «les rejets thermiques», mais biffe «les odeurs ou la chaleur». Il s'agit donc bien d'une erreur, puisque la version en allemand est correcte sur ce point précis.

En ce qui concerne la proposition de la minorité à l'alinéa 4bis, il est fondamentalement faux de vouloir soumettre aux mêmes règles le sol, c'est-à-dire la couche où poussent les plantes et qui doit être protégée à long terme pour des raisons tout à fait évidentes, et le sous-sol, dont l'exploitation est forcément temporaire. Il faut bien différencier la protection en fonction des différents objets. Il y a donc lieu de soutenir la proposition de la majorité de la commission.

A l'article 30 alinéa 4, la proposition de la minorité présente également un problème dans sa version française, comme le relève M. Ostermann. Deux négations se suivent dans la phrase: «On n'accordera pas l'autorisation ... lorsque le remettant n'est pas à même de prouver que le producteur desdits déchets n'a pas entrepris ...»; or, il est facile de prouver qu'on n'a rien entrepris. La version correcte est de supprimer la seconde forme négative: «... n'est pas à même de prouver que le producteur desdits déchets a entrepris ...». Il y a ici une question de français à corriger.

Quant à la proposition de minorité, je vous demande de la repousser. Il s'agit d'ajouter des précisions qui ne paraissent pas du tout utiles à la majorité de la commission. On ajoute même ainsi d'éventuelles tracasseries tout à fait inutiles.

A l'article 30, nous avons une proposition Gros Jean-Michel. La commission n'en a pas discuté, puisqu'elle n'a pas été faite en commission. Pour ma part, je trouve qu'elle va dans le sens tout à fait logique de cette rationalisation qui a été recherchée par la commission tout au long de cet examen.

Nous en venons à l'article 30a. La proposition de la minorité I (Scherrer Jürg) refuse de donner au Conseil fédéral les compétences d'interdire la mise sur le marché de produits à jeter, pour autant que leurs avantages ne justifient pas les atteintes à l'environnement que leur élimination occasionne. En ce qui concerne la proposition de la minorité II (Miesch), il s'agit aussi d'éviter que le Conseil fédéral puisse interdire l'utilisation de substances qui compliquent notablement l'élimination ou qui menacent l'environnement lors de cette élimination. La minorité craint des abus d'interdictions dans des cas où il y aurait simplement des doutes, et non des certitudes.

La majorité de la commission constate que ces deux dispositions existent déjà sous une forme semblable dans la loi actuelle. D'autre part, selon des informations fournies à la commission, ces dispositions ont fait leurs preuves et sont nécessaires à la réduction des déchets. C'est grâce à de telles dispositions qu'il a été possible de limiter la teneur en cadmium dans les plastiques, par exemple.

A l'article 30d, la proposition de la majorité apporte une nuance en autorisant le Conseil fédéral à ne prescrire le recyclage que lorsque les atteintes à l'environnement sont sensiblement moindres à long terme. Par contre, comme le souhaite la minorité, il ne faut pas supprimer cet article qui favorise le recyclage, par exemple du verre et de l'aluminium. Il faut préciser aussi que le recyclage réduit de façon importante les quantités qui doivent être incinérées ou mises en décharge.

Pour ce qui est des articles 31 et 31a, la majorité de la commission met l'accent sur la prévention, sur des surcapacités de traitement dans les installations. Elle a jugé que, sans cette planification et sans collaboration entre cantons, il n'est pas possible d'assurer une élimination économique, ce qui est souhaité et recherché par tout un chacun. D'autre part, il est nécessaire de s'appuyer sur une bonne planification pour travailler rationnellement. Je vous demande donc là de soutenir les propositions de la majorité.

A l'article 32c alinéa 1er, nous avons une proposition de minorité. La majorité de la commission propose que l'assainissement des sites contaminés ne soit prescrit que lorsque le danger est concret. Elle est d'avis que la Confédération fixe des standards techniques applicables pour tout le pays. Personnellement, je fais totalement confiance aux cantons dans ce domaine, et je soutiens la proposition de la minorité.

En ce qui concerne les atteintes portées au sol, aux articles 33 et 34, nous sommes en présence de deux propositions de minorité. La loi en vigueur ne s'occupe que de la protection préventive de la fertilité contre les atteintes chimiques. Il faut maintenant une réglementation en ce qui concerne les atteintes physiologiques ainsi que les démarches à entreprendre lorsque les sols sont pollués. La minorité de la commission propose de renoncer à des mesures de protection des sols par les cantons dans les zones à bâtir. La majorité de la commission est de l'avis contraire, parce qu'elle estime que les sols non perméabilisés situés dans les zones à bâtir, par exemple les jardins familiaux, seraient mis en danger par une telle disposition. Personnellement, je soutiens la proposition de la minorité.

Quant à la proposition Reimann Maximilian, je constate qu'effectivement l'article 38bis concerne déjà ce qu'il demande, puisque cet article est de nature générale, et que cette proposition devient ainsi inutile.

Dreifuss Ruth, conseillère fédérale: Je vais essayer de prendre le moins de temps possible afin que vous puissiez ensuite procéder au vote. J'aimerais simplement souligner que, dans votre commission aussi bien que lors des débats au

Conseil des Etats, ce nouveau chapitre qui règle de façon globale les questions de déchets a reçu un très bon accueil et a su rallier un large consensus. On doit donc considérer qu'il est effectivement équilibré.

Les points qui ont été modifiés, notamment au Conseil des Etats, ont permis de consolider encore les objectifs qui étaient initialement ceux du Conseil fédéral. Il en a été de même dans la commission. Je puis donc d'emblée annoncer que le Conseil fédéral soutient les propositions de la majorité, dans tous les cas sauf à l'article 31c alinéa 2, où nous donnons la préférence à la proposition de la minorité. Pour le reste, je crois que l'on peut dans ce domaine faire largement confiance au travail très sérieux qui a été fait en commission et suivre la majorité de cette dernière.

Le Conseil fédéral s'oppose donc aux deux propositions relatives à l'article 30 alinéa 4, celle de la minorité et la proposition individuelle Gros Jean-Michel. Il s'agit du principe que les déchets doivent être traités dans le pays. Ce principe ne doit pas être absolu, c'est la raison pour laquelle nous avons retenu l'expression «en règle générale». La proposition de minorité, en particulier, n'est pas applicable puisqu'il s'agit de déchets qui existent déjà et pour lesquels, dans bien des cas, on ne peut plus se retourner contre le producteur, qui n'est pas connu. C'est une proposition bien trop absolue pour pouvoir trouver place dans la loi. En revanche, la proposition Gros Jean-Michel fait allusion à de vraies solutions, celles qui permettent une réglementation régionale. Nous considérons cependant que la formulation «en règle générale» devrait suffire à ouvrir la porte aux négociations de contrats et aux solutions transfrontalières. La formulation choisie par M. Gros est cependant aussi trop générale: il suffit qu'existe n'importe quel accord pour que la règle générale ne s'applique plus. Au cas où le Conseil vous suivrait, Monsieur le conseiller national, je veillerai à présenter alors, au retour au Conseil des Etats, une autre formulation moins absolue que celle que vous nous proposez. Toutefois, il n'est pas du tout dans les intentions du Conseil fédéral d'empêcher des réglementations transfrontalières régionales, pour autant que les garanties de protection de l'environnement soient données. Il peut y avoir des cas, vous les avez cités, où cela se justifie même mieux qu'un traitement dans le pays lui-même.

En ce qui concerne les propositions des minorités Scherrer Jürg et Miesch à l'article 30a alinéa 2, respectivement aux lettres a et b, le Conseil fédéral s'y oppose avec toute la vigueur dont il est capable parce que ce sont deux propositions extrêmement dangereuses. Elles visent à enlever au Conseil fédéral des compétences qu'il avait auparavant et qui se sont révélées utiles, comme l'a rappelé le rapporteur de langue française, dans la lutte contre le cadmium, par exemple, mais également contre le PVC, et dans toute une série de domaines où nous devons avoir la possibilité d'interdire à la source. Nous l'avons maintenant, ne nous l'enlevez pas au moment où la preuve est faite qu'il s'agit là d'un instrument nécessaire, utile, et utilisé avec mesure par le Conseil fédéral! Je l'ai déjà dit à plusieurs reprises, avec l'article 38bis qui donne le principe de la collaboration avec l'économie, nous avons la base qui veut que de telles mesures ne soient pas prises unilatéralement par une bureaucratie – je l'ai entendu qualifier de «bernoise» –, mais en étroite collaboration avec les organisations concernées. C'est ce que nous faisons pour les emballages de boissons, ce que nous avons fait pour le PVC. Par conséquent, dans toute une série de domaines, c'est bien sur la base de cette collaboration que nous avons réussi à identifier les substances qui doivent être interdites, et à obtenir effectivement cette interdiction.

A l'article 30d, la proposition de minorité a trait à la compétence d'édicter des prescriptions dans le domaine du recyclage. Nous vous prions de suivre la majorité de la commission. En effet, là aussi, le principe fondamental d'une politique crédible dans ce domaine, c'est bien sûr d'abord d'éviter des productions et, ensuite, de veiller au recyclage avant d'avoir à gérer effectivement des déchets non valorisables. Encore une fois, l'article 38bis vous donne la garantie que nous n'interviendrons qu'en dernier ressort.

En ce qui concerne la planification des déchets et la collaboration entre les cantons, aux articles 31, 31a et 31b, le Conseil fédéral s'oppose également aux propositions de biffer de la minorité. Nous avons, dans ce domaine, besoin d'une planification. Lorsque M. Eggly disait que les cantons étaient suffisamment grands pour prendre des décisions dans ce domaine, permettez-moi de vous dire qu'ils sont suffisamment responsables pour prendre de bonnes décisions, mais que ces décisions concernent quand même l'ensemble du pays et que la Confédération doit pouvoir s'associer à la recherche de telles solutions. Là aussi, la pratique nous démontre que c'est utile et que cela se fait dans un souci de concertation. Les cantons ne peuvent certainement pas gérer leurs déchets en autarcie, et nous devons y collaborer.

J'en arrive à l'article 31c alinéa 2 où le Conseil fédéral soutient la proposition de la minorité, qui nous fait l'honneur d'en revenir à la proposition initiale du Conseil fédéral et de soutenir la position prise par le Conseil des Etats. Il s'agit là de savoir que le principe de subsidiarité sera respecté et que c'est d'abord le détenteur, selon l'article 31c, qui est responsable de l'élimination des déchets. Toutefois, il faut que les cantons puissent également s'associer à des recherches plus globales lorsque le détenteur n'est pas en mesure de régler seul ce problème, par exemple s'il s'agit de quantités trop petites pour qu'il puisse trouver lui-même une solution économique efficace. Nous ne nous rallions donc pas à la majorité de la commission sur ce point, mais pour le reste, nous continuons à lui être fidèle.

J'ai cru comprendre, Monsieur Reimann Maximilian, que vous étiez éventuellement prêt à retirer votre proposition si nous vous donnions l'assurance que cet article 38bis pose le principe de la primauté des solutions trouvées au niveau privé avant toute intervention de l'Etat. C'est bien le sens de l'article 38bis et il ne peut y en avoir d'autre. Par contre, si vous répétez, en d'autres termes, ce principe de subsidiarité dans le chapitre sur les déchets alors que l'article 38bis est un article général, vous introduisez une certaine confusion. On se demanderait quel est le sens, dans ce cas, de cette formule spéciale. Je crois qu'il vaut mieux le garder comme principe fondamental d'une nouvelle philosophie de la politique de l'environnement. Dans ce cas, c'est bien à l'article 38bis qu'est évoqué exactement ce que vous demandez.

J'aimerais juste ajouter un argument: il faut aussi que nous ayons la possibilité, si 90 pour cent des entreprises se rallient à une telle solution, d'amener aussi le 10 pour cent de réfractaires à se plier à cette règle commune, sinon nous aurons des distorsions de la concurrence qui seraient malvenues. Voilà l'interprétation que j'aimerais donner à l'article 38bis, lequel va, je pense, dans le sens de vos désirs.

En ce qui concerne la proposition de minorité à l'article 32c alinéa 1er, là aussi le Conseil fédéral comme la majorité de votre commission vous demandent de rejeter cette proposition. Nous pensons qu'il est important dans ce domaine d'avoir une certaine unification du droit.

J'en viens très rapidement aux deux propositions de minorité respectives des articles 33 et 34 concernant la protection des sols. Vos rapporteurs vous ont dit de quoi il s'agissait dans l'ensemble de ce chapitre.

Nous aimerions vous inviter, comme la majorité, à rejeter la proposition de minorité à l'article 33 alinéa 2. Il est indispensable, lorsqu'on pense à certains projets, d'avoir des réglementations qui vont au-delà des frontières cantonales: imaginez tout simplement certaines activités comme la construction de gazoducs si, à chaque frontière cantonale, on devait se heurter à d'autres règles! Nous avons parlé ici des 150 ans d'un Etat qui a quand même réussi à surmonter certains obstacles aux frontières. N'en réintroduisez pas sur le plan de la protection des sols!

En ce qui concerne l'article 34 alinéa 1er, j'ai également pris bonne note de vos intentions, Monsieur Dettling: vous ne voulez pas que l'ensemble des terrains à bâtir soit touché par cet article, mais uniquement les surfaces qui ont été bâties, et dont des constructions ont compromis la fertilité. Il est donc évident que les terrains non bâtis situés en zones de

construction doivent être soumis aux règles de la protection de l'environnement: les jardins familiaux, les espaces verts, les terrains de sports et de détente doivent pouvoir être utilisés sans danger pour la population et doivent pouvoir conserver leur fertilité.

J'ai l'impression que c'est plus clair de suivre la proposition de la majorité; si vous vous ralliez à celle de la minorité, l'interprétation devrait être explicitée. Je vous remercie de votre attention.

Reimann Maximilian (V, AG): Nachdem die Berichterstatter und auch Sie, Frau Bundesrätin Dreifuss, noch einmal klipp und klar bekräftigt haben, dass die Allgemeinverbindlicherklärung von Branchenvereinbarungen nur subsidiär Platz greifen soll, und nachdem dies nun auch in den Materialien offiziell so verankert ist, kann ich meinen Antrag zurückziehen. Ich danke Ihnen für diese Zusage und die wohlwollende Unterstützung meines Anliegens.

Art. 7 Abs. 4bis – Art. 7 al. 4bis

Abstimmung – Vote

| | |
|-------------------------------|------------|
| Für den Antrag der Mehrheit | 98 Stimmen |
| Für den Antrag der Minderheit | 60 Stimmen |

Art. 30 Abs. 4 – Art. 30 al. 4

Abstimmung – Vote

Eventuell – A titre préliminaire

| | |
|-------------------------------|-------------|
| Für den Antrag der Mehrheit | 101 Stimmen |
| Für den Antrag der Minderheit | 59 Stimmen |

Definitiv – Définitivement

| | |
|---------------------------------|-------------|
| Für den Antrag Gros Jean-Michel | 103 Stimmen |
| Für den Antrag der Mehrheit | 56 Stimmen |

Art. 30a Abs. 2 Bst. a – Art. 30a al. 2 let. a

Abstimmung – Vote

| | |
|-------------------------------|-------------|
| Für den Antrag der Mehrheit | 121 Stimmen |
| Für den Antrag der Minderheit | 37 Stimmen |

Art. 30a Abs. 2 Bst. b – Art. 30a al. 2 let. b

Abstimmung – Vote

| | |
|-------------------------------|------------|
| Für den Antrag der Mehrheit | 94 Stimmen |
| Für den Antrag der Minderheit | 64 Stimmen |

Art. 30d Bst. a – Art. 30d let. a

Abstimmung – Vote

| | |
|-------------------------------|-------------|
| Für den Antrag der Mehrheit | 114 Stimmen |
| Für den Antrag der Minderheit | 43 Stimmen |

Art. 31 Abs. 1; 31a Abs. 1; 31b Abs. 2

Art. 31 al. 1; 31a al. 1; 31b al. 2

Abstimmung – Vote

| | |
|-------------------------------|-------------|
| Für den Antrag der Mehrheit | 113 Stimmen |
| Für den Antrag der Minderheit | 48 Stimmen |

Art. 31c Abs. 2 – Art. 31c al. 2

Abstimmung – Vote

| | |
|-------------------------------|------------|
| Für den Antrag der Mehrheit | 92 Stimmen |
| Für den Antrag der Minderheit | 68 Stimmen |

Art. 32a Abs. 1 – Art. 32a al. 1

Le président: A l'article 32a alinéa 1er M. Reimann Maximilian a retiré sa proposition.

*Angenommen gemäss Antrag der Kommission
Adopté selon la proposition de la commission*

*Art. 32c Abs. 1 – Art. 32c al. 1**Abstimmung – Vote*

| | |
|-------------------------------|------------|
| Für den Antrag der Minderheit | 90 Stimmen |
| Für den Antrag der Mehrheit | 70 Stimmen |

*Art. 33 Abs. 2 – Art. 33 al. 2**Abstimmung – Vote*

| | |
|-------------------------------|------------|
| Für den Antrag der Minderheit | 87 Stimmen |
| Für den Antrag der Mehrheit | 70 Stimmen |

*Art. 34 Abs. 1 – Art. 34 al. 1**Abstimmung – Vote*

| | |
|-------------------------------|------------|
| Für den Antrag der Minderheit | 90 Stimmen |
| Für den Antrag der Mehrheit | 64 Stimmen |

Die Beratung dieses Geschäftes wird unterbrochen
Le débat sur cet objet est interrompu

Schluss der Sitzung um 11.15 Uhr
La séance est levée à 11 h 15

Umweltschutzgesetz. Änderung

Loi sur la protection de l'environnement. Révision

| | |
|---------------------|--|
| In | Amtliches Bulletin der Bundesversammlung |
| Dans | Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale |
| In | Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale |
| Jahr | 1995 |
| Année | |
| Anno | |
| Band | III |
| Volume | |
| Volume | |
| Session | Sommersession |
| Session | Session d'été |
| Sessione | Sessione estiva |
| Rat | Nationalrat |
| Conseil | Conseil national |
| Consiglio | Consiglio nazionale |
| Sitzung | 08 |
| Séance | |
| Seduta | |
| Geschäftsnummer | 93.053 |
| Numéro d'objet | |
| Numero dell'oggetto | |
| Datum | 14.06.1995 - 08:00 |
| Date | |
| Data | |
| Seite | 1290-1309 |
| Page | |
| Pagina | |
| Ref. No | 20 025 750 |

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.